

Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFACHWOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte

■ Vom Hinterzimmer ins Rathaus

LN war unerkant dabei, als sich in Leipzig der Kreisverband der Republikaner gründete **Seite 3**

■ War's das?

Leipziger Pfeffermühle bangt um Existenz **Seite 4**

■ Neuordnung Europas

... nâch völkischem Vorbild **Seite 8**

■ Schach und Politik

...im Haus der Geschichte **Seite 9**

■ Von den Polen lernen

... über „Schuld“ und Entschuldigungen **Seite 16**

3

2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
9. Februar

www.
leipzig-neue.de

Im Abo nur
1 Euro

EU und Bundesregierung streiten sich über Abbau von Treibhausgas

Der weinende Dritte ist unser Klima

Kanzlerin Merkel verteidigte nach der Veröffentlichung der UN-Weltklimastudie energisch Deutschlands Vorbildfunktion in punkto CO₂-Abbau. Die ehemalige Umweltministerin wandte sich gegen ein Tempolimit auf deutschen Straßen. Stattdessen forderte sie die Autofahrer auf, nicht immer Vollgas zu geben und häufiger öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.



Angela Merkels äußerst demokratisches Einsteigen sowohl für den Klimaschutz als auch für das Wohl und Wehe der Autoindustrie erinnert mich an meine Freundin, die ähnlich gerecht ihre Haushaltsmittel verwaltet: „Ehe ich einlagiges Toilettenpapier kaufe, spare ich lieber am Bier für meinen Mann.“

• MX

Dichtung und Wahrheit und eine unzeitgemäße Kathedrale

„Die Klosterkirche St. Pauli des Leipziger Dominikanerklosters (volkstümliche Bezeichnung Unikirche, manchmal auch Paulinerkirche nach den „Pauliner“ genannten Dominikanermönchen), nach Auflösung des Klosters Universitätskirche St. Pauli, war eine Kirche in der In-nenstadt von Leipzig. Sie wurde auf Beschluss der Stadtverwaltung und nach Betreiben der Universität 1968 gesprengt.“

So steht es im offenen und – noch – von keiner Staatsräson gebeutelten Wikipedia-Internetlexikon, und wohl nur dort. Und so stimmt es. Auch wenn DDR-Schmäher nicht müde zu behaupten, dass diese „verrückte Sprengung“ (nur noch mit der Vernichtung der afghanischen Buddhafiguren durch die Taliban zu vergleichen!) Ulbrichts böser Wille und Befehl gewesen sei. Der dagegen wollte in Wahrheit den Politbürobeschluss für Architektur und Städtebau von 1959 erfüllt sehen. Der wiederum forderte strikt die Erhaltung alter, ehrwürdiger Gemäuer. Die Paulinerkirche, die zwar über die Jahrhunderte immer wieder verändert wurde und rein architektonisch kaum noch Wertvolles aufzuweisen hatte, gehörte für den Leipziger Walter Ulbricht durchaus in diese Kategorie. Weshalb von Leipzigs Universitätsleitung aus, an der Spitze deren Rektor Mayer, manche Intrige gesponnen werden musste, um zum 575-jährigen Universitätsjubiläum in eine neue Alma Mater einzuziehen, in der die Paulinerkirche keinen Platz mehr hatte. Weil dies wie gesagt, dem Politbürobeschluss des ZK der SED entgegenstand, wurden sogar Parteistrafen gegen Universitätsangehörige verhängt. Auch Prof. Mayer blieb Kritik nicht erspart. Die Sprengung dann schließlich Ulbricht zuzuschreiben, dies sogar in Stein gemeißelt an einer Unimauer zu verkünden, ist blanke Chuzbe, ist wie das Jammern eines Vater- und Muttermörders, weil er nun Vollwaise sei.

Obwohl, darauf kommt es gar nicht mehr an. Es sollte nur erwähnt werden, weil auch die heutigen Universitätschefs um nichts anderes kämpfen als seinerzeit die in der DDR, nämlich um eine modernen Erfordernissen entsprechende Hochschule. Kanzler Frank Nolden sprach es kürzlich deutlich aus: Wir bauen eine Aula und keine Kirche. Was ganz einfach damit zu tun hat, dass eine Universität, noch dazu in einer Stadt, in der kaum mehr 15 Prozent Christen wohnen, ihre eigenen Prioritäten setzen muss, und die können nicht mittelalterlich sein. Alles derzeit wieder zugespitzte Gefeiße um ein bisschen mehr Kirche, ob es nun vom Paulinerverein oder von sonst wem ausgeht, ist zeitfremd. Nur nebenbei: Was ist eigentlich mit all den im Westen unseres Landes gesprengten Kirchen oder beispielsweise mit der in Frankfurt/Main teuerster Innenstadtlage gelegenen, die den Gelüsten von Investoren im Wege ist? Kein Grund für politische Fanale gegen den aus puren Profitgründen über Kirchenmauern gehenden Kapitalismus und seiner Politiker-Marionetten?

Schlimm genug, dass sich der dem verbiesterten Feindbild DDR geschuldete Wiederaufbauwille künftig in einer Kathedralenfassade manifestiert, die nun wahrlich nicht zu einer Universität des 21. Jahrhunderts passen will.

• WART



Januar-Anstieg geringer als erwartet

Unterwegs zur Arbeitsagentur wollte mir eine Radiostimme einreden, dass die Arbeitslosen-zahlen „nicht übel“ seien. Tatsächlich stieg ihre Zahl im Dezember um 400 auf 69 357 an. Das sind zwar etwa 30 Prozent weniger als im Durchschnitt der Vorjahre. Im Januar gab es dann bereits 9425 Arbeitslose mehr. Die Gesamtzahl der Neuanmeldung in der Arbeitsagentur sprang auf 11 495. Bezogen auf die Stellenangebote kommen im Durchschnitt zehn Arbeitslose auf einen Job. Das gefällt der Radiostimme.

Trotz des ausgefallenen Winters mussten sich 700 Bauarbeiter arbeitslos melden. Insgesamt sind jetzt 8728 von ihnen betroffen.

Im Vergleich der Geschäftsstellen ist die Hauptagentur Leipzig mit 17,8 Prozent zweitschlechteste nach Borna und schlechter als Sachsen mit 16,7 Prozent. Dennoch ist der Agenturbezirk auf den achten Platz vor Annaberg und Bautzen vorgerückt.

Agenturchef Dr. Meyer betonte einen positiven Trend (wenn er nicht kaputtregiert wird).

Die ARGE Leipzig sieht sich wegen ihres schärferen Vorgehens zunehmend mit Gerichtsklagen konfrontiert. Dr. Zehrt begründete die neue Arbeitsweise mit Forderungen des Gesetzgebers. Im Januar wurden 81 354 Leistungsempfänger in 46 586 Bedarfsgemeinschaften betreut. Die Zahlen stiegen um 472 bzw. 103. Die Zahl der nicht arbeitslosen Empfänger von ALG II beträgt 30 093. Die Arge unterstützte den Arbeitsmarkt mit 3136 ABM, 1650 Ein-Euro-Jobs und 793 Weiterbildungen. Über vier Millionen Euro (von 87 Millionen) wurden nicht verbraucht.

• J. SPITZNER

Auf ein Wort bitte



DR. CORNELIA ERNST

Vorsitzende der sächsischen Linkspartei.PDS

Es ist so, dass schlechte Beispiele sich schneller herumsprechen als gute. Schlechte Beispiele haben aber zumindest den Vorzug aufzuzeigen, wie man es nicht machen sollte. Mein Jammer, als Linkspartei in Sachsen auf der Landesebene immer noch und andauernd Opposition zu sein, relativiert sich, angesichts der wenig aufregenden Rolle, die die SPD als Juniorpartner in der CDU-Regierung spielt. Der Begriff des Wendehalses erhält da wirklich neue Nahrung. Wer 2004 die Aufstockung der Polizei um 700 Stellen im SPD-Wahlkampf daherplapperte und 2007 kleinlaut der Kürzung von bis zu 2441 Stellen zustimmt, hat zumindest Erklärungsbedarf. Damit dürfte es sich die SPD auf absehbare Zeit mit den Kollegen der Ordnungsmacht versch... haben.

Für Linke hat das möglicherweise irgendwie Charme. Aber Linke werden ganz schnell böse, wenn sie auch verbalbert werden. Frau Weihnert, ihres Zeichens nicht nur wackere Sozialdemokratin, sondern auch Innenausschussvorsitzende, lieferte dafür reichlich Anlass. In ihrer Rede zum Jugendmitbestimmungsgesetz der Linkstraktion.PDS und zu einem ähnlichen FDP-Gesetzesentwurf, beide forderten das Wahlalter ab 16 Jahren, vollzog sie den Salto Mortale. Im Grunde sei die SPD ja schon immer für das Wahlalter 16

denjenigen gehört, die, statt ihre Position im Fachausschuss zu vertreten, einen linientreuen Stellvertreter hinschickten. Feine Sache, sich aus der Verantwortung zu nehmen.

Aber gut, hören wir auf mit Meckern. Wo es schlechte Beispiele gibt, gibt es natürlich auch gute. Ganz ohne Schnörkel und Salto hatte die neue Berliner Gesundheitsministerin am Freitag im Bundestag mitgeteilt, dass die Berliner Linkspartei.PDS diese Reform nicht mittragen wird und auch im Bund dem entsprechend agieren wolle. Und als dann noch die linke Gesundheitsausschussvorsitzende Dr. Martina Bunge monierte, dass die Ausschussmitglieder erst am Abend vor der entscheidenden Sitzung des Ausschusses von der Koalition 500 Seiten Beschlusstext und Änderungsanträge zu diesem wichtigen Gesetz auf den Tisch bekamen, war die Ruhe im Bundestag dahin. Nach Geschäftsordnung sei ein solches Vorgehen zwar rechtens, aber als Linkspolitikerin halte sie dies für unverantwortlich. Sprach's und wurde von den anderen Oppositionspolitiker/innen heftig unterstützt. Na bitte, geht doch!

So hat es etwas für sich, beides zu können, regieren und opponieren.

Wo Schatten ist gibt es trotzdem eine ganze Menge Licht.

Schlechte Beispiele und gute Beispiele

gewesen, ihre Fraktion könne aber aus „technischen Gründen“ beiden Entwürfen nicht zustimmen. Das ist wie beim Eiskunstlauf, irgendwas hat mit der Technik nicht gestimmt. Und so wurstelt es sich im Mittelfeld lustlos herum. Zur Qualifikation reicht es nicht aus.

Besonders kunstvoll waren übrigens die Pirouetten einer anderen SPD-Frau. Dr. Marlies Volkmar, Gesundheitsexpertin im Bundestag, kritisierte mutig und zu Recht die miese Gesundheitsreform. In der entscheidenden Sitzung des Gesundheitsausschusses hat sie aber offensichtlich leider doch zu

Die neuerliche Selektion der Opfer

Der 27. Januar, der Tag, an dem 1945 Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreit hatten, ist in der Bundesrepublik Deutschland seit 1996 offiziell zwar nationaler „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“, aber überall spricht man vom Holocaustgedenktag. Am 1. November 2005 erklärte nun auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen diesen Tag in einer Resolution offiziell zum internationalen Holocaustgedenktag. Weshalb in allen Gedenkreisen erst recht fast nur noch vom Massenmord an den Juden gesprochen und vor neuerlichem Rassismus und Antisemitismus gewarnt wird. Eine ebenso dringend gebotene Warnung vor dem Antikommunismus, dieser Grundtorheit nicht nur des vergangenen Jahrhunderts, erhofft man vergebens.

Wichtig, dass sich die Einzigartigkeit des Verbrechens Holocaust ins deutsche Gewissen eingebrannt hat. Mittlerweise ein bisschen auch das Leid der Sinti und Roma, der Homosexuellen, neuerdings sogar das der Opfer der Militärjustiz und der Euthanasie wie auch der Kriegsgefangenen. Für jede diese Gruppen gibt es inzwischen eigene Denkmale. Eine solch neuerliche Selektion nach der an der Auschwitzer Rampe kannte und wollte der erste gesamtdeutsche, klar und deutlich benannte „Tag der Opfer des Faschismus“ nicht. Er wurde seit 1945 an jedem zweiten September-Sonntag im Osten Deutschlands begangen, auch noch nach der Überwindung der DDR – bis man ihn endlich durch den natürlich unanfechtbaren 27. Januar ablösen konnte. Im Westen, den zigtausendfachen Blutzoll vor allem der Kommunisten und den millionenfachen Mord an den Sowjetbürgern verhöhnend, wurde schon 1950 aus dem „Tag der Opfer des Faschismus“ einer für die „Opfer des Nationalsozialismus und des Bolschewismus“.

Was für ein Nährboden für alte und neue Faschisten. Wie auch der diesen Tag verdrängende Volkstrauertag, der schließlich – weil die Antikommunismuskeule wohl doch zu plump war – besser geeignet schien, eine deutsche Schicksalsgemeinschaft von Opfern und Tätern, von Profiteuren, Mitläufern und Duldern zu installieren. • M. W.

Schäumender CDU-Reinwaschversuch

Auch mit neuem Namen ist Arbeitsmarktregulierung nicht besser

Es ist rührend und oberpeinlich zugleich, wie sich die Leipziger CDU-Kreisvorsitzende Christine Clauß um politisch korrekte Sprechweise im Freistaat sorgt. „Hartz IV“ soll aus dem Sprachgebrauch der Behörden und der politischen Sauberkeits-Apostel gestrichen werden, weil der zu Unrecht als einziger Urheber der verkorksten Arbeitsmarktgesetze gescholtene Peter Hartz vor Gericht stand und in der vorigen Woche verurteilt wurde. Mit Sicherheit sind die strafrechtlichen Vergehen des einstigen VW-Arbeitsdirektors und die hanebüchene Rechtsprechung in höchstem Maße kritikwürdig.

Doch eine ganz andere Sache ist, ob mit der eifernd geforderten Namensänderung der Eindruck erweckt werden soll, dass irgend etwas an der Missgeburt der gültigen Arbeitsmarktregulierung verbessert

würde. Mögen die Vorschriften heißen, wie sie wollen, sie verordnen Armut per Gesetz, worauf die Linkspartei seit Jahr und Tag verweist. An das eigentliche Elend – das von vornherein als untauglich erkannte und in der Praxis längst gescheiterte Arbeitsmarkt-Gewürge – wagen sich die politisch Verantwortlichen nicht heran, mögen sie nun in rot-grüner bundespolitischer Färbung damals die so genannte Hartz-Kommission eingesetzt haben oder in sozial-christdemokratischem Schulterschluss im Bund alles so belassen, wie es längst an die Wand gefahren ist. Die untauglichen, von der CDU bis heute mit getragenen Arbeitsmarktgesetze, müssen weg, egal welchen verkleisternden Namen sie gerade tragen. Viel Schaum auf dem Reinwaschversuch, macht die Wäsche nicht sauberer. • VOLKER KÜLOW

Es ist kein Scherz

Im sächsischen Löbau macht die Woba kurzerhand Zimmer dicht, um Wohnungen zu verkleinern. Denn ist das Domizil eines ALG-II-Empfängers unangemessen groß, wird ein Raum einfach abgesperrt. 95 Fälle gibt es schon.

Die Zimmervote für ALG-II-Empfänger hat (nicht nur) in der GRÜNEN-Fraktion im Sächsischen Landtag Kopfschütteln ausgelöst: „Wenn es nicht so erniedrigend für die Betroffenen wäre, müsste man es als Provinzposse bezeichnen“, so Elke Herrmann. „Auch Hartz IV-Empfänger haben ein Recht auf Privatheit ihrer Wohnung“.

LN. „Mit großer Genugtuung nahm attac Leipzig die Absage des Nazi-Aufmarsches von Christian Worch am 1. Mai zur Kenntnis. Dieser Erfolg zeigt, dass die Strategie, den Nazis gewaltfrei aber direkt, offen und entschlossen entgegenzutreten, genau die richtige war“, so Cornelia Klippenstein, ein Mitglied der Gruppe, die in den vergangenen Jahren zu gewaltfreien Blockaden der Worch-Märsche mit aufgerufen hatte.

Die Blockaden wurden von einem breiten Bündnis antifaschistischer Gruppen von Linxxnet und ig3o getragen, an ihnen beteiligten sich tausende Leipzigerinnen und Leipziger. Sie ergänzt: „Endlich können wir uns am 1. Mai wieder mit den Themen

Attac Leipzig begrüßt Absage von Nazi-Aufmarsch:

Bisherige Strategie erfolgreich

beschäftigen, die eigentlich auf der Tagesordnung stehen sollten, nämlich die Überwindung der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und das Einfordern sozialer Rechte“.

Ganz ausgestanden ist die Auseinandersetzung mit den Nazis für attac Leipzig damit aber noch nicht: „Zum einen kommt es jetzt darauf an, den Nazis auch andernorts gewaltfrei aber entschlossen und wirkungsvoll entgegenzutreten, zum Beispiel am 13. Februar in Dresden“ meint Lutz Metzger, „zum anderen haben wir hier Probleme mit lokalen Nazis und mit

rechtsextremen Gruppen, die sich mit merkwürdigen Parolen als Trittbrettfahrer aufspielen.“ Dabei bezieht er sich vor allem auf eine Demonstration eines bekannten thüringischen Neonazis im Dezember, die unter dem Motto „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“ versuchte, den Protest gegen die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/ Halle für sich zu missbrauchen. Dies ist ein Thema, zu dem attac Leipzig im Rahmen der „Aktionsgemeinschaft Flughafen NATOfrei“ seit einiger Zeit intensiv arbeitet.

Vom Hinterzimmer ins Neue Rathaus

Direkt beobachtet: Kleinheit und Größenwahn eines neu gegründeten REP- Kreisverbandes

Wer nichts wusste, ahnte nichts. Die Jalousie der Eingangstür zur „Käfer-Kneipe“ in Leipzig-Reudnitz blieb an diesem Samstagnachmittag (3. Februar) geschlossen. Hier sollte ein neuer Leipziger Kreisverband der Republikaner gegründet werden. Jener Partei, von der die Anhänger und Sympatisanten im Internet wissen wollen, ob es sie denn überhaupt noch gäbe. Wer sich für ihre künftigen Aktivitäten interessierte und den Termin in der Wurzener Straße wusste, traf vor der Hauseingangstür alsbald auf einen Herrn mittleren Alters (mit Parteiabzeichen am Revers) und fragte, ob man hier richtig ist.

Haustür auf, Gang entlang, Klopfzeichen und man ward eingelassen. „Ein neuer Gast ist da ...“ und als solcher war man ja ausdrücklich willkommen. „Es wird nicht mehr lange dauern, und wir sind dann nicht mehr gezwungen uns in Hinterzimmern zu treffen ...“ Allgemeines Nicken und Beifall. Der das der kleinen Runde – Stücker 15 waren gekommen – verkündete, hatte ohne Zweifel einen weite Zugfahrt zurückgelegt. Dr. Rolf Schlierer, seines Zeichens Bundesvorsitzender der Republikaner, erklärte die Neu-Gründung des Leipziger Kreisverbandes zur Chefsache. Eine einstündige programmatische Rede über Ziele und Strategie war zuvor nur für die Partei-Mitglieder bestimmt. Unlängst postulierte Rolf Schlierer auf dem Bundesparteitag im Dezember 2006 in Höchststadt: „Unser Land braucht eine Partei, die in Parlamenten ohne Skandale und Randalen für Nationale Ziele und deutsche Interessen eintritt.“ Und die gehen dann von der „Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“. Alle Strophen mit Notenzeile flankieren sozusagen als Entree das „Republikaner-Partei-Politik-Programm für Deutsche“, das für die interessierten Gäste und aufzunehmenden Mitglieder bereitlag.

Wie das im Details mit Skandalen und Randalen aussieht, blieb im Nebulösen, denn es gab beispielsweise Kontourir-tationen der Partei mit der Sächsischen Sparkasse „Außerdem hatten Vorgänger Gelder geplündert“, erzürnte sich der sächsische Landesvorsitzende Mathias Seifert aus der Chemnitzer Region. Ein gelernter Fließleger und gewählter Kommunalpolitiker aus Burkhardsdorf.

Doch bevor der neue Leipziger Kreisverband samt Vorsitzenden bestätigt und gewählt wurde, waren im Sitzungszimmer Haltungen und Schicksale



Voller Tatendrang gibt sich der Landesvorsitzende Mathias Seifert vor Getreuen und Gästen: „Noch sind wir im Hinterzimmer!“



Bundesvorsitzender Dr. Rolf Schlierer möchte an die „republikanischen Traditionen der Leipziger Wende anknüpfen“ und stellte die Weichen.



Plant den Sprung ins Rathaus, Toralf Grau (rechts).

Fotos:-elg-

gefragt. Für Deutschland und gegen die jetzigen Politiker von CDU bis PDS. Jeder am Tisch (Parteimitglieder bitte ausführlich – Gäste nur mit Namensnennung) erklärte, wie er die gegenwärtige politische Lage sieht. Unüberschaubar und vollmundig dabei der bullige 21-jährige Leipziger Abiturient und Einzelhändler Toralf Grau, der gleich loswetterte, dass die Türkisierung und Russifizierung unserer schönen Mesestadt endlich Einhalt geboten werden muss. An seiner Seite saß und klatschte seine Mutter, ebenfalls Parteimitglied, lebhaft Beifall. Die Wortführer waren allesamt sehr jung. Da ist zum einen der Hallesche Student der Rechtswissenschaften Michael Weidnitzer (22), er wurde zum Stellvertreter von Toralf Grau gewählt. Als Schriftführer schlug man Alexander Schmidt vor, ebenfalls Abiturient, Stadtschülersprecher und vermutlich bald künftiger Politikwissenschaftler, vorerst als Student an der Leipziger Universität.

Die Leipziger Angelegenheiten waren offenbar so wichtig, dass neben dem Bundesvorsitzenden zwei weitere REP-Vorstandsmitglieder aus Niedersachsen angereist waren. „Die Partei darf sich keine Schnitzer leisten, damit der Verfassungsschutz nicht gegen uns vorgeht. Und wir werden uns wehren“, drohte der Bundesvorsitzende.

Dessen Ratschläge wurden nicht immer sofort akzeptiert, und so manches „normale Mitglied“ reagiert auch unwillig auf den diskutierten Partei-Hick-Hack. Trotzdem gab es Einstimmigkeit bei der Wahl der vorgeschlagenen Kandidaten.

Alles nur ein lächerlicher Haufen? Vielleicht auf den ersten Blick, aber hier entstehen und stärken sich unverkennbar Strukturen und Netzwerke zwischen Erfurt, Chemnitz und Magdeburg, die ab 2009 auch ins Leipziger Rathaus führen sollen. „Das ist zwar noch etwas hin, aber ab sofort ist für uns Wahlkampf. Man muss uns im Leipziger Stadtbild wieder zur Kenntnis nehmen“, skandierte Dirk Hacia aus Niedersachsen. Und Graus' Stellvertreter aus Halle schwört, künftig auf ein enges Zusammengehen mit der DSU. Auf den Tischen war viel Propaganda im Vierfarbdruck ausgebreitet, die Internetseite ist auf aktuellstem Stand. Strukturen werden von Chemnitz und von Thüringen aus vernetzt. Auch aus diesen Bundesländern waren in Leipzig-Reudnitz Mitglieder anwesend. Ob die von Rolf Schlierer behaupteten steigenden Mitgliederzahlen Realität oder Vision sind, blieb im Dunkeln.

• - ACH -



G8-Gegner formieren sich ... trotz Stacheldraht

LN. Zahlreiche Organisationen und Initiativen wie attac oder G8Xtra sammeln ihre Kräfte gegen den vom 6.-8. Juni 2007 in Heiligendamm tagenden G8-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Deutschlands und Russlands.

Das Blockade-Netzwerk Block G8 hat einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht. Gruppen und Organisationen aus unterschiedlichen Spektren rufen darin dazu auf, mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den Gipfel effektiv zu behindern und sich den G8 entgegen zu stellen. Alle können sich beteiligen!

Schon im Vorfeld des Gipfels soll mit tausenden Solidaritätserklärungen öffentlich Druck gegen die G8 gemacht werden. Daneben kündigten bereits Tausende an, sich im Juni 2007 an den Blockaden zu beteiligen.

In dem gemeinsamen Aufruf heißt es unter anderem:

Wo auch immer seit einigen Jahren die

G8, die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Koordinationen der NATO und der EU zusammenkommen, die Karawane der neuen Widerstandsbewegung ist bereits vor Ort, um dem neoliberalen Weltmanagement entscheiden die Zähne zu zeigen. Denn während diese Treffen beanspruchen, die legitime Repräsentanz der „zivilisierten Welt“ zu sein, organisieren sie den Fortgang eines Zerstörungsprozesses, in dem – ein Beispiel – weltweit in jeder Sekunde ein Mensch an Unterernährung stirbt. Sie sprechen von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit, von der Demokratie und

der uneingeschränkten Marktkonkurrenz als der gesetzmäßig wirkenden Voraussetzung des Glücks und Wohlstands aller. Währenddessen wächst das weltweite Heer der „Überflüssigen“, verstärkt sich mit jeder weiteren sozialen Entsicherung des Lebens die Notwendigkeit zur militärischen Sicherung des freien Flusses der Waren und Profite, wird der Krieg zur Weltinnenpolitik, die Menschenrechte im Namen der Menschenrechte außer Kraft gesetzt und Folter wieder hoffähig.

Die G8 zu delegitimieren, ist unsere Aufgabe allerdings nur deshalb, weil sie sich Legitimität trotz allem zu erwerben wussten. Wenn die G8 versprechen, Weltordnung zu schaffen und zu sichern, fällt ihnen allgemeine Anerkennung auch deswegen zu, weil weltweit wirklich Millionen von Unsicherheit bedroht werden. Wenn die G8 die marktformige und arbeitsteilige Konkurrenz um Glück und Wohlstand von jeder Einschränkung befreien, fällt ihnen Anerkennung auch und gerade deshalb zu, weil das Konkurrieren ums Überleben millionenfach Alltäglichkeit ist, also Strategie des eigenen, sei's noch so elenden Daseins ist und sein muss.





Kulturleben

Leipziger treffen Peter Sodann und Bettina Kudla
und LN saß jeweils in der zweiten Reihe



Kultur kontrovers diskutiert und wahrgenommen ...

In Lehmanns Buchhandlung

PÜNKTLICH 20.15 UHR (zur üblichen Tatort-Fernsehzeit-Zeit) traf Peter Sodann auf seine vielen Zuhörer, die Knie an Rücken auf sehr eng zusammengedrängten Stühlen saßen und auf „Maireden und andere Provokationen“ – so der Titel – hofften. Maireden im Januar, das war keine Klimadiskussion, wohl aber ein Gradmessung für Kultur und Unkultur in der heutigen Gesellschaft. Der ehemalige Hallesche Theaterchef staunte anfangs über die vielen Sitzer (180) und kam dann auf sein wunderbares Lebenswerk Kulturinsel zu sprechen: „Ich wollte an der Saale immer Theater für's Volk machen, jetzt machen sie es dort nur noch für sich ...“ Der nun auch bald in Ruhestand gehende Tatortkommissar Ehrlicher war an diesem Abend kein Thema, dafür saßen ihm wohl zu viele Zeugen (Zuhörer) gegenüber. Aber der Mensch Peter Sodann kam sehr rasch auf etwas zu sprechen, was ihm offenbar seit der Wende an einem ganz bestimmten Tag des Jahres fehlte: „Das 6 Uhr- Aufstehen und dann das 11 Uhr-Losmarschieren.“ Diesem Mangel half er ab, und er erfand 1990 seinen 1. Mai für Halle mit einer aktuellen Sodann-Tribünen-Rede sowie einem Rundgang um die Kulturinsel. Anfänglich folgten ihm 50, später mitunter 5000 in den 1. Mai. „Der DGB war da richtig neidisch“, lästert Sodann. Und dann ernsthaft: „Ich war damals fest davon überzeugt, dass der 1. Mai mit den neuen gesellschaftlichen Zuständen nicht einfach weggeworfen werden kann, wie mancherorts gewollt. Wir werden ihn noch einmal brauchen.“ Der Schauspieler probiert an diesem Abend gut zwei Stunden mit seinem Publikum den Gedankenaustausch. Er zitiert beispielsweise einen Satz über „Volkes Eigentum“ und fragt, von wem der sein könnte. Ein Vorwitziger ruft: Walter Ulbricht. Sodann korrigiert ihn

vorsichtig: Nein, Sie irren, das war Adenauer. Die Alten nicken sich zu, die ganz Jungen fragen: Wann lebte der? Der Regisseur und Schauspieler lebt an diesem Abend Kultur, für und mit seinen Hörern, die zwar unterschiedlich an Lebenserfahrung und Wissen sind, ihm aber zwei Stunden lang aufmerksam folgen. Er provoziert, indem er in Richtung der Lebenserfahrenen spricht:

Peter Sodann
Auge
in Auge
mit den
Leipziger
Lesern



„Und man muss sich wehren gegen diese freiwillige Euthanasie, die uns Alten zunehmend eingetrichtert wird.“ Sodann stimmt nachdenklich, wenn er Literatur und Erkenntnisse zitiert, die vor Jahrhunderten geschrieben und gedacht wurden und trotzdem so aktuell wirken: „Als Babylon unterging, gehörten zwei Prozent der Bevölkerung der ganze Reichtum der Stadt.“

Leipzig ist nach wie vor Sodanns Lieblingsstadt. Offenbar hat ihn der Hallesche Stadtrat zu guter Letzt mit bürokratischen Schreiben vor dem Intendantenwechsel so gereizt, dass P. S. es sich auch an diesem Abend nicht verkneifen konnte, aus einigen Briefen genüßlich zu zitieren ...

Alles Kluge und Dumme ist schon mal gesagt worden, warum vergessen es die Menschen nur immer wieder? Mit dieser Frage entließ er alle in einen regnerischen milden Januarabend.

Im Leipziger Schauspielhaus

PÜNKTLICH 19.30 UHR (zur üblichen Theater-Anfangszeit) traf Bettina Kudla auf ihre Zuhörer im gut besetzten Rangfoyer, die laut Einladung des „Freundeskreises Schauspiel“ auf „Kultur und Finanzen“ eingestellt waren. Man hatte gleich noch einen Finanzprofessor mit dazu gebeten, der sich mit einem Vortrag einführte, um danach gemeinsam mit den erschienenen Theater- und Sze-

geäußerten Aussage, dass an der Pleiße für Oper und Schauspiel weniger zu bezahlen ist als in Paris und Mailand. Da dürfen wir uns auch nicht irgendwann anpassen, kam es von den Zuhörern. Und wenn doch, auf wessen Kosten? Die DDR-Traditionen des bezahlbaren Konzert- und Theatererlebnisses für jedermann waren bei vielen Teilnehmern noch in guter Erinnerung.

Leipzig hat 500 000 Einwohner, ist aber Kulturmittelpunkt für etwas über zwei Millionen. Dieser Effekt wird sich in Zukunft wohl noch verstärken, denn die kulturelle Anziehung einer Metropole wirkt laut Soziologen ungefähr mit einem Radius von 60 Kilometern weit ins Umland. Delitzscher, Torgauer und Zeitzer pilgern wegen der Kultur nach Leipzig. Würde an den Theaterkassen nach den Postleitzahlen der Besucher gefragt, es könnte bestätigt werden. Ob man die Anrainer um eine Ergänzung des Leipziger Kulturetats bitten könnte ...? Derzeit wohl kaum. Und für viele kommen zum Eintrittspreis ohnehin die nicht unerheblichen Fahrkosten hinzu. Dass Leipzig einen höheren Kulturhaushalt als beispielsweise Stuttgart und Frankfurt am Main habe, nahm man zwar interessiert zur Kenntnis, aber ein bisschen konkreter wollten die Hörer es doch wissen: Jährlich fließen beispielsweise 6,5 Millionen Euro in die städtischen Bibliotheken und für 600 000 Euro werden da Bücher erworben. 7,5 Millionen werden für die Museen bereitgestellt. Von den so genannten Leuchttürmen bekommt die Oper am meisten, gefolgt von Gewandhaus und Schauspiel. Vertreter der freien Szene ärgerte das auch an diesem Abend, aber dafür ist die Stadtkammerin nicht zuständig. Derzeit übersteigen nach wie vor die Ausgaben der Stadt die Einnahmen, das sei, trotz leichter finanzieller Entspannung, für sie nicht hinnehmbar.



Bettina Kudla
Auge
in Auge
mit den
Theater-
gängern

negängern die oft gescholtene „Buhfrau“ des Rathauses zu befragen. Diese Bürgerunden haben im Schauspielhaus Tradition und sind ein wichtiger Seismograph für Stimmungen und Forderungen an regionale Politik. Selbst in der freundlicheren Atmosphäre als beim üblichen Schlagabtausch im Rathaus war unüberhörbar, dass viele der Anwesenden befürchteten, Stadtkultur könne künftig im wahrsten Sinne des Wortes zum Luxusgegenstand verkommen. Viele, auch jüngere Zuhörer, bemerken eine erneute, diesmal unsoziale Verbürgerlichung der vor langer Zeit durch engagiertes Bürgertum entstandenen Leipziger Kultur- und Theaterszene. Und so sympathisch es war, wenn sich die Finanzbürgermeisterin als Schulschwänzerin outete, weil sie vor Jahren einmal in München eine Theaterprobe besuchen wollte, gab es doch Proteste und Unverständnis bei der von ihr



Nebenstehender alter Programmzettel aus den 60er Jahren könnte anno 2007 unwiderruflich auf ganz eigene Art und Weise Realität werden. Denn dem zweitältesten „DDR-Kabarett“ – 1953 von Schauspielern des „Theaters der Jungen Welt“ gegründet – fehlt bald das Dach über dem Kopf. Schon zur Lachmesse vergangenen Jahres ahnten die Akteure und die Besucher, dass im Hinterhof des Böhsehauses demnächst „Bach“ den Ton angeben wird. Das Museum gleichen Namens führt natürlich gute Gründe an und selbstverständlich geht alles mit rechten Dingen zu. Der Mietvertrag wurde auch korrekt zum 30. Juni gekündigt. Dieter Richter, seines Zeichens Geschäftsführer des Brettl's, ist in den letzten Wochen umtriebiger durch die City gelaufen und hat nach einer neuen Bleibe gesucht. Annähernd 60 Möglichkeiten hat er sich angeschaut. Seinen Beifall fand keine, denn sie waren aufgrund der ungeeigneten

Bausubstanz und ungünstigen Lage für Ensemble und Besucher nicht einladend. Und auf ein Interim will man sich nicht einlassen. Da haben ja die jetzigen Kollegen vom „Theater der Jungen Welt“ ihre schlimmen Erfahrungen. Für die „Pfeffermühle“ wäre das der endgültige Schließungsgrund

War's das? „Pfeffermühle“ bangt um Existenz

auf Nimmerwiedersehen. Eine Tradition erlischt, zu der Namen gehören wie: Manfred Uhlig, Siegfried Mahler, Edgar Külow, Hanskarl Hoerning, Ursula Schmitter, Helga Hahnemann und Reiner Otto. Man könnte auch sagen, so sind eben die Zeiten, alles ändert sich, jetzt gibt es an fast jeder Ecke des Stadtzentrums eine „lustige Bühne.“ Nur: Der kleine aber feine Unter-

schied zwischen Comedians und Kabarettisten führt eben weg von der Spaßgesellschaft. Denn es geht hier um ein Erbe – nennen wir es bewusst – politischer Protest-Tradition. Ist es wirklich so egal, ob Dresden noch die „Herkuleskeule“ oder Berlin die „Distel“ oder Leipzig seine „Pfeffermühle“ hat? Egal wäre es dann, wenn alles auswechselbar ist und sich nach kurzer Zeit Leben und Namen und Profil – wenn es jemals eines gab – erneuern. Werden wir noch einmal ein wenig kulturhistorisch: Seit 87 Jahren gibt es an der Pleiße politisches Kabarett. Alles begann mit Namen wie Lina Carstens und Hans Reimann, damals in Sälen der Pfaffendorfer- und Windmühlenstraße. Noch immer hat die Vielfalt der Kleinkunstszene in dieser „Lachmesse-Stadt“ ihren Seltenheitswert in Deutschland. Die Zeit drängt ... und die Pointe (neuer Mietvertrag) lässt noch auf sich warten.



Wer kann das bezahlen ...

...obwohl mir doch fast jedes Leipziger Schaufenster vom Bäcker bis zum Sonnenstudio einredet, dass ich schon wieder etwas gespart habe, wenn ich gerade dieses oder jenes brauchen und natürlich kaufen würde.

Trotzdem merke ich: Es wird immer mehr, was ich brauche, um die Alltäglichkeiten zu begleiten. Und das geht ins Geld.

Mehr(wert)prozente bei der Telefonrechnung, beim Kabelanschluss, beim Essen im Kundenrestaurant, beim Zahnarzt ... Alles etwa Luxus? Erst gestern waren die netten Wärmemesser in meiner Wohnung, und ihre Blicke ließen mich trotz warmen Winters frösteln. Ich warte darauf, dass meine knackigen Frühstücksbrötchen wieder teurer werden. Wie wenig derzeit im Bäckernetz ist, für fünf Euro, man sieht es kaum.

Alles nur Einbildung? Wie steht es denn bei Ihnen mit der gefühlten oder realen Teuerung? Vom Straßenbahnfahrtschein über die Kinokarte, vom Wasser bis zum Waschpulver? LN möchte es dokumentieren und demnächst als leeres Portemonnaie drucken ...

(Anschrift auf Seite 16)

Euer
Lipsius



Wenn man die Augen schließt ...

Bilder der Ausstellung „Kindereuthanasie – Verbrechen in Leipzig“

Mit geschlossenen Augen halten hier die Schritte anders im Ohr, dann bekommen Türen, die geschlossen werden, einen merkwürdigen Nachklang. Alles klingt – mit etwas Phantasie – auch nach Klinik-Atmosphäre, aber man befindet sich in der Oberen Wandelhalle des Neuen Leipziger Rathauses. Und doch derzeit hier übersehbar: ein quer-gestelltes, weißes, eisernes Bettgestell mit metallischem Nachttisch daneben. Auch ein alter Instrumentenschrank befindet sich in Reichweite. Klinikmobil anno 1940 und Teil der Ausstellung „KINDEREUTHANASIE – VERBRECHEN IN LEIPZIG“.

Jugendliche aus der Henriette-Goldschmidt-Schule, des Evangelischen Schulzentrums, der Petri-Schule und der Projekte „Youth Start“ und „Take OFF“ Zukunftswerkstatt e.V. haben diese berührende und schockierende Dokumentation mit Unterstützung des Jugend- und Gesundheitsamtes vorbereitet und gestaltet.

Jüngste Forschungen ergaben, dass in Leipzig 1000 bis 1500 behinderte oder psychisch kranke Menschen der Euthanasie zum Opfer fielen. Hinzu kommen zwischen 1934 und 1940 Zwangssterilisierungen zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“.

Im Jahre 1939 begann in Leipzig die Euthanasie mit der Tötung des Kindes K., dessen Identität noch nicht abschließend geklärt werden konnte. Der kleine Mensch wurde angeblich auf Wunsch seines Va-

ters von Professor Werner Catel, Leiter der Universitätskinderklinik, „eingeschläfert“. Bis 1943 werden hier mehrere hundert Kinder ermordet. Beteiligt waren die Kinderklinik der Universität und die Heil- und Pflegeanstalt Dösen sowie das städtische Gesundheitsamt. Noch sind nicht alle Opfernamentlich bekannt. Inzwischen weiß man aber, dass eine große Anzahl der Getöteten auf dem Neuen Johannisfriedhof, dem späteren Friedenspark, ihre letzte Ruhe gefunden hat. Junge Leute versuchen jetzt – Jahrzehnte später – die Grabstellen wieder zu entdecken.

Dieses unrühmliche und verbalerische Kapitel der Leipziger Medizingeschichte wird weiter aufgearbeitet. Auf Grund eines Stadtratsbeschlusses wird gegenwärtig ein Gedenkbuch für die Leipziger Opfer zwischen 1933 und 1945 erarbeitet. Es soll an jene erinnern, die aus rassistischen, politischen, religiösen, ethnischen Gründen oder wegen ihrer sexuellen Orientierung ermordet wurden. Bisher hat in Deutschland noch keine Kommune dieser Größe begonnen, eine solche umfangreiche Dokumentation zu erarbeiten. Leipzigs Neue berichtet über dieses Vorhaben auch in LN 2 dieses Jahres.

Die aktuelle Ausstellung im Neuen Rathaus verfolgt auch die Lebenswege Leipziger Verantwortlicher: Der Psychiater Dr. Artur Mittag nahm sich 1946 in der Untersuchungshaft in Rade-

beul das Leben. Er war 40 Jahre alt. Zehn Jahre hatte er als junger Mann im rassenpolitischen Amt Leipzig mitgearbeitet. Unter dem Fallbeil in Dresden starb 1948 der Direktor der Anstalt Dösen, Dr. Paul Nitzsche, der ungezählte Kinder mit Luminal „eingeschläfert“ hatte. Zitat: „Es ist doch herrlich, wenn wir in den Anstalten den Ballast loswerden und nun richtige Therapie treiben können.“ Das Landgericht Dresden verurteilte Nitzsche schon 1947 zum Tode.

Der Obegutachter für Kindermord, Prof. Werner Catel von der Uniklinik Leipzig, konnte seine Karriere nach Kriegsende, über Zwischenstationen im Taunus, später an der Universität in Kiel fortsetzen. Zitat: „Vollidiotische Wesen sind religiös betrachtet keine Menschen, da sie über keine Persönlichkeit verfügen.“

Im „Personenlexikon zum Dritten Reich“, stößt man interessanterweise auf die offizielle Todesanzeige der Universität Kiel aus dem Jahr 1981: „Durch seine wissenschaftlichen und publizistischen Aktivitäten hat er weit über den engeren Wirkungskreis der Klinik hinaus in vielfältiger Weise zum Wohle kranker Kinder beigetragen.“

• JO.

Wanderausstellung „Kindereuthanasie“ Obere Wandelhalle, Neues Rathaus.
(Noch bis zum 18. 2. 2007)

Der Bürgerstammtisch Lindenau hatte für den 29. Januar dieses Jahres in das Programm-Kino CINEDING geladen. Der Filmabend stand unter dem Titel: „Courage zeigen im Leipziger Westen“. Er war noch einmal als anregende Reflektion und intensiver Gesprächsaustausch über jene Ereignisse und Fakten gedacht, die seit langem weit über diesen Stadtteil hinaus die Menschen zunehmend wütend machen und ab und an auch ängstigen. Bekanntheitsmaß eskalierte im vergangenen Jahr die Situation in der Guthsmuthsstraße 42, deren Bewohner von rechtsextremen Randalierern, die im Haus wohnten, des öfteren körperlich und verbal bedroht und eingeschüchtert wurden.

In den Straßen des Stadtgebietes finden sich zunehmend an Häuserwänden Plakate und Aufkleber mit rechtsextremem bzw. faschistischem Hintergrund. So auch von einschlägig bekannten Organisationen wie den so genannten „Freien Kräften Leipzigs“. Regelmäßig werden die Bewohner von Häusern, in denen die Neonazis eine „linke Subkultur“ vermuten, Opfer von Übergriffen. Sachbeschädigungen an Autos und an Fahrrädern häuften sich. Aufgrund der Vorfälle wurden Vereine, Bürger sowie Geschäftsleute und Organisationen aus dem Stadtteil aktiv und gründeten eine „Bürgerinitiative gegen Rechtsextremismus.“

Diese Initiative lud zu einem erneuten

Treffen Ende Januar in den Saal des CINEDING. Handzettel wurden verteilt für den geplanten zweistündigen Disput mit Anwohnern. Auf dem Programm unter anderem Fernsehreportagen, die sich mit den rechtsradikalen Entwicklungen in Plagwitz und Lindenau beschäftigen. Ergänzt durch Filmbeiträge über den Besuch von Günther Wallraff in Lindenau und einen Film-Bericht von der Verleihung des „Courage Preises“ (LN berichtete). An alles war gedacht,

...die nehmen wir uns vor!

Neonazistische Provokation am Lindenauer Kino „Cineding“

allerdings hatte der Bürgerverein diesen Stammtisch im Kino Tage zuvor leider nicht dem zuständigen Polizeirevier gemeldet. Das ist offenbar schon wieder notwendig.

Wie sich der Abend entwickelte, dokumentiert LN: Kurz vor 18 Uhr versammelten sich vor dem Kino ca. 20 Jugendliche. Neonazi-Symbolik an der Kleidung. Die jungen Männer drängten in die geplante Veranstaltung, wollten von Anbeginn provozieren. Gleichzeitig forderten sie per Handy Verstärkung an. Kurz vor 18 Uhr informierten die Mitglieder der Bürgerinitiative zum ersten Mal telefonisch die Polizei über ein mögliches Bedrohungs-

potential und forderten Hilfe an.

Besucher des Bürgerstammtisches, die nun in den Kinosaal wollten, wurden bereits vor Betreten des CINEDING mit Parolen eingeschüchtert. Besonders unter den älteren Anwesenden machte sich zunehmende Unsicherheit breit. Die Provokateure platzierten sich unterdessen unübersehbar aggressiv mit Kampfhandschuhen, Zahnschutz und Fotoapparaten im Hof des Hauses. Das Kino wurde aus Sicherheitsgründen von den

uns vor!“

An einen planmäßigen Ablauf der Veranstaltung war nun nicht mehr zu denken. Aufgebrachte und couragierte Bürger gingen vor den Kinosaal und forderten, diesen Spuk sofort zu beenden. Es kam zu einem ersten Handgemenge, eine junge Kinobesucherin bekam Pfefferspray in die Augen. Gegen 18.45 traf die Polizei mit einem Mannschaftswagen und mehreren Streifenwagen am Kino ein. Es kam zu ersten Festnahmen. Wobei es notwendig ist zu erwähnen, dass die Situation nicht (wie in der LVZ behauptet) durch die jungen Leute eskalierte, die von Anbeginn mutig den Neonazis entgegentraten.

Es wurde ersichtlich: Hier demonstrierte erneut eine gut strukturierte „rechtsradikale Szene“ ihre Bereitschaft, sich mit Gewalt die Straße und entsprechende „feindliche“ Veranstaltungsorte zu erobern und zu bedrohen. Wie zu hören war, agierte an diesem Abend der so genannte harte Kern der „Freien Kräfte Leipzigs“. Die haben bekanntermaßen einschlägige Verbindungen zum Hamburger Millionär und Neonazi Worch.

Fazit: Es heisst schon längst nicht mehr: „Wehret den Anfängen“, sondern „Wehret den Zuständen.“

Sie gehen – dieser Abend im CINEDING bewies es – inzwischen jeden in der Stadt an.

• - C -

Na? Schon eine durchgezogen heute? Genießen Sie's, bald könnte damit Schluss sein. Sachsen hat die Nichtraucher für sich entdeckt und bastelt am gesetzlichen Rauchverbot. MP Milbradt (nicht eMPi, Ministerpräsident!) preschte schon mal vor und erklärte seinen Neujahrsempfang zur rauchfreien Zone, was wiederum ein wenig irritierte. Schließlich nimmt es die kleine Große Koalition mit der Gesundheitsfürsorge sonst auch nicht so genau. Beispiel? Im Mai 2006 beschloss der Landtag, endlich die Bundesvorgaben von 2002 (!) umzusetzen und Frauen ab 50 die Möglichkeit zur kostenfreien Brustkrebsfrüherkennung per Mammographie-Screening zu eröffnen. Im Januar sollte es losgehen. Weit gefehlt! Nachdem Sachsen bereits vier Jahre verpennt hat, braucht der Freistaat nun wohl noch bis zum 3. Quartal, um das Früherkennungsprogramm zu stemmen

und damit laut Linksfraktion.PDS weiterhin rund 550 000 sächsische Frauen zu benachteiligen, die weiter für die wichtige Vorsorgeuntersuchung bezahlen müssen. Es sei denn, sie wandern aus. Nach Bayern. Dort läuft das Screening-Programm seit 2003 flächendeckend.

Propos Bayern. Für die Einwohner von Plauen hätte das fast geklappt! Die Vogtländer sind ob der Kreisreformpläne von Innenminister Buttolo so sauer, dass sie schon mal laut darüber nachdenken, sich nach Bayern einzugemeinden. Neben dieser Plauener-Spitzen-Drohung, proben auch andere Regionen den Aufstand: Grimma und Torgau z. B. drohen mit dem Gang vors Gericht, Freiberg will die Spielzeugstadt Seiffen für 1 Mio. Euro aus dem Erzgebirge rauskaufen; Aue,



Dresdner Bäbe*

Hauptstadt Betrachtungen von G. Hupf

Schneeberg, Löbnitz und Schlemma sehen ihre Zukunft in einer Einheitsmetropole „Silberberg“ und Zwickaus Stadtchef hat aus Wut über den drohenden Verlust der Kreisfreiheit sein CDU-Parteibuch weggeschlossen.

Womit wir irgendwie wieder bei den (Nicht-) Rauchern wären: Weggeschlossen hätte die SPD-Landtagsfraktion unlängst am liebsten wohl auch ihren wenig stromlinienförmigen Abgeordneten Karl Nolle.

Der hatte sich ganz unorthodox dem Nichtraucherschutz-Antrag rauchfreier Abgeordneter der Linksfraktion.PDS und der Grünen angeschlossen. DAS macht man nicht, meinten daraufhin die Sozis. DAS mache ich als Mensch, meinte Nolle und pfiff auf Fraktionszwang. Derart aufgeschreckt strickte sich die CDU-SPD-Koalition fix einen eigenen Nichtraucherschutzantrag und Abweichter Nolle konnte nun beiden zustimmen. Nicht zugestimmt hat die

Landtagsmehrheit u. a., Astrologie als eigenständiges Unterrichtsfach zu bewahren, die geplante Videoüberwachung der Dresdner Neustadt abzublasen und junge Leute künftig schon mit 16 wählen zu lassen. Bei Letzterem hat's dann übrigens wieder geklappt mit dem schwarz-roten Koalitionszwang, denn obwohl die SPD dafür ist, war sie dagegen ... Grund? Der Antrag kam von der Opposition. ... Da hilft nur noch „die Zigarette danach“.

* Die Bäbe ist das Prunkstück jeder Kaffeetafel, rund wie der Landtags-Plenarsaal und eignet sich hervorragend zum "Didschen". Mancher würde das Naschwerk schlicht Napfkuchen rufen – Dresdner nennen es Bäbe – und meinen es auch so...

Nun erlebten – schon zum zweiten mal – einige Hundert Gutbetuchte den Opernball in der Semper-Oper. Ein „event“, das vom MDR und anderen Medien hoch gespielt wurde, als hinge davon das Schicksal der Deutschen ab. Vielleicht sind einige (sicherlich unerwünschte) Urteile möglich.

Erstens: Im Unterschied zum Wiener Opemball, wo die Schönen und Reichen im Saal „unter sich“ sind, erreichten die Dresdner Organisatoren, dass das „Volk“ nicht protestiert, sondern vor der Tür tanzt. Einige Hundert Leute, die dem Kommando eines Zeremonienmeisters folgen, geben so dem „event“ eine „demokratische“ Kulisse. Wer würde eine Wette verlieren, würde er behaupten, im Saal „tanzen“ in der Mehrheit nicht alteingesessene Dresdner, sondern importierte Wessis?

Zweitens: Dass der Wiederaufbau der Semper-Oper, ein Werk von Architekten, Bauarbeitern und Künstlern der DDR ist (Erich Honecker weihte den Bau am 13. Februar 1985 ein), scheint niemand zu wissen. Hans Dietrich Genscher verkündete gar, der Opemball sei den Demon-

Vier – gewiss unerwünschte – Anmerkungen zum

Ball in der Semperoper



stranten im Herbst 1989 zu verdanken. Was hatten die Vaatz, Heitmann, Wagner und andere „Helden“ der „Wende“ mit der Oper zu tun? (Man erinnere sich dagegen: Noch im Frühjahr 1989 hatte die alljährliche NATO-Übung Dresden, also auch die Oper, zum atomaren Ziel erwählt).

Drittens: Im Mittelpunkt des Balls steht

nicht der Tanz wie in Wien, sondern die Manipulation einfältiger Bürger. So lobte Milbradt Genscher für dessen Beitrag zur „Wiedervereinigung“. (In deren Ergebnis sich nun die Wettiner und andere Großkopfete von gestern wieder breit machen.) Die Tochter Stumpfs, des „bekanntesten ostdeutschen Schauspielers“, durfte Ma-

ximilian Schell gratulieren. Das ist ein großartiger Wiener Schauspieler, aber was hat er mit Dresden und der Semper-Oper zu tun? Hatte nicht Willy Brandt am 23. Februar 1992 in Dresden hervorgehoben, dass in der DDR die Literatur und Kunst beispielhaft geleistet hat? Gab es nicht auch in Dresden hervorragende Schauspieler? Kennt Bass Emmerlich, der durch das Programm führen durfte, keinen mehr von ihnen? (Von der mitmoderierenden Landgrebe war nichts zu erwarten, insofern konnte sie nicht enttäuschen.) Tiefensee hatte den traurigen Mut, die Fußballweltmeisterschaften – zum wievielten Male? – als nationale Großtat zu verkaufen und dem „Kaiser“ Beckenbauer zu Füßen zu liegen. (Wenn dabei das Dresdner Fußballstadion herauspringt, sei ihm verziehen.)

Viertens: Wolfgang Stumpf, zu DDR-Zeiten Kabarettist in der Herkules-Keule, durfte den Gefängniswärter Frosch aus der *Fledermaus* mimen, um einige Gags als politische Satire abzusondern, für die er in der Herkules-Keule sicherlich durchgefallen wäre.

• HORST SCHNEIDER

26. Januar

Leipzig. Rund 700 Leipziger BMW-Beschäftigte legen für 45 Minuten die Arbeit nieder. Wie bundesweit Tausende IG-Metaller protestieren sie gegen eine Rente mit 67, über die im April oder Mai im Bundestag abgestimmt werden soll.

Kamenz. Das Statistische Landesamt teilt mit, dass Sachsens Lohnabhängige mit durchschnittlich jährlich 1504 Stunden deutlich länger als ihre westdeutschen Kollegen (1421 Stunden) arbeiten. Im Bundesvergleich, so ergeben die Zahlen aus dem Jahr 2006, arbeiten die Brandenburger (1517) am längsten, die Rheinland-Pfälzer am kürzesten (1402).

Leipzig. Die Sportbäder GmbH teilt mit, dass sie zum 1. März den Eintritt in die acht Leipziger Schwimmhallen anhebt. Die Normaleintrittskarte steigt von 3 auf 3,50 Euro. Im gleichen Maße werden im Mai die Preise für die Freibäder erhöht.

27. Januar

Dresden. Laut Umweltminister Tillich liegt dem Freistaat jetzt die wasserrechtliche Genehmigung für den weiteren

Hochwasserschutz in der Dresdner Altstadt vor. Unter anderem wird am Kongresszentrum eine 252 Meter lange Schutzwand errichtet.

29. Januar

Zittau. Sechs 20- bis 24-jähriger Rechtsexterne werden bei Straßenkontrollen wegen Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen festgenommen. Die Kontrollen erfolgten nach Hinweisen, dass mit Hakenkreuz-Shirts bekleidete Jugendliche zu einer örtlichen Veranstaltung unterwegs seien.

30. Januar

Krostitz. 250 Schüler der Mittelschule werden nach einer anonymen Gewaltdrohung „Es wird knallen“ nach Hause geschickt. Eine Durchsuchung nach

Waffen verlief ergebnislos.

31. Januar

Görlitz. mehr als 7500 hochmotivierte 17-jährige Jugendliche haben bislang in Sachsen während eines Modellversuchs den Führerschein abgelegt, dürfen sich aber nur im Beisein Erwachsener ans Steuer setzen.

Dresden. Der im November 2006 aus der NPD-Fraktion ausgeschlossene und nunmehr fraktionslose Landtagsabgeordnete Klaus-Jürgen Menzel ist aus der Partei ausgetreten. Menzel machte in den vergangenen Monaten durch seine Bekenntnisse zu Hitler auf sich aufmerksam.

1. Februar

Chemnitz. Die Staatsanwaltschaft Chemnitz bestätigt, das im Zusammen-

hang mit dem Millionenbetrug beim Bau der Autobahn A 72 (Chemnitz-Hof) in Sachsen, Hessen und Berlin 37 Wohnungen und Firmenräume durchsucht wurden. Der vermutlich größte Fall von Wirtschaftskorruption in Sachsen reiche bis in obere Behörden.

Leipzig. Der Deutsche Leichtathletikverband und die Stadt Leipzig teilen mit, dass sie für 2011 die Ausrichtung der Hallen-Europameisterschaften planen. Der DLV habe beim europäischen Verband schriftlich sein Interesse bekundet. Austragungsort soll die Arena sein.

2. Februar

Leipzig. Der Riesenbohrer Leonie ist auch drei Wochen nach seinem Start kaum vorangekommen. Obwohl gemeldet wird, dass die Probleme an den Dichtungen beseitigt sind, steht er immer noch.

4. Februar

Leipzig. Die städtische Freiwillige Feuerwehr ist nach Einschätzung der Brandchutzdirektion tagsüber gar nicht oder nur bedingt einsatzbereit, weil viele Feuerwehrleute außerhalb arbeiten müssen.

SACHSEN-CHRONIK

(26. Januar bis 4. Februar)

Schwester Agnes kommt nicht recht in Fahrt

Sächsische Staatsregierung steht auf der Bremse

Die Zukunft von Schwester Agnes ist in Gefahr – das wäre wohl die bessere Überschrift für den Artikel über die neuentdeckten Gemeindegewestern in der *Sächsischen Zeitung* gewesen. Denn „Schwester Agnes tritt auf das Gaspedal“ stimmt nicht, zur Zeit steht die Staatsregierung eher auf der Bremse dieses Projekts. Noch im Dezember 2006 zur Haushaltplanung 2007/2008 im Sächsischen Landtag forderte die Linksfraktion.PDS zwei Millionen Euro für die Unterstützung von Modellprojekten im Gesundheitswesen. Dieser Antrag wurde, wie so oft, mit der Mehrheit der Koalition abgelehnt.

Nur vier Wochen später muss jetzt das Sozialministerium feststellen, dass kein Geld für das Projekt der Schwester Agnes zur Verfügung steht und damit die Umsetzung in Gefahr gerät.

Gute Beispiele von der Insel Rügen und aus Lübbenau machten auch in Sachsen Mut für neue Ideen und zeigten einen echten Ausweg angesichts des drohenden Ärztemangels. EU-Mittel sollten für die Modellregionen im Raum Niesky und im Mittleren Erzgebirgskreis die Finanzierung sichern. So war noch im Dezember 2006 aus Regierungskreisen zu hören. Wusste man vor vier Wochen noch nicht, dass diese Mittel in Sachsen nicht für Personal- und Sachkosten ausgereicht werden dürfen? Kaum zu glauben angesichts der Tatsache, dass die Fördervoraussetzungen bereits im Jahr 2000 beschlossen wur-



Wenn sich seinerzeit Schwester Agnes (Agnes Kraus) auf ihre legendäre Schwalbe schwang und die kleinen und großen Probleme von Krumbach und Umgebung mit Berliner Herz und Schnauze löste, dann blieb bei Millionen DDR-Fernsehzuschauern kein Auge trocken. Man lachte und weinte mit dieser resoluten Schwester, die alles und jeden kannte, sich für Autoreparaturen und Wohnungsprobleme gleich mit zuständig fühlte. Dieses schauspielernde Vorbild hat es manch übergestresster Gemeindegewesterin in ihrem sehr realen Alltag bestimmt nicht leicht gemacht, nun ebenso präsent zu sein wie sie. Dennoch war diese – wie man heute sagen würde – Fernsehnovela auch eine öffentliche Anerkennung für das verantwortungsvolle Wirken dieser Frauen.

den. Das weiß zumindest das Wirtschaftsministerium im Januar 2007 zu berichten. Jetzt sind andere Geldquellen gefragt, denn das Projekt ist gut und soll Ärztinnen und Ärzte auf dem Lande entlasten. Und es wäre für den ersten Arbeitsmarkt eine echte Marktlücke. Standen doch einst in der DDR

5500 Gemeindegewestern in Lohn und Brot.

In einer gemeinsamen, beispielgebenden Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen könnte die Zukunft von Schwester Agnes gesichert werden.

• KERSTIN LAUTERBACH

Fördermittel-Desaster

Sachsen ließ im vergangenen Jahr erneut 43,9 Millionen Euro Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) verfallen. Dieses Desaster ist Folge fehlender Initiativen im Hause des Ministers Jurk: Die Stiftung für Innovation und Arbeit ist immer noch nicht arbeitsfähig, ein Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramm gegen den drohenden Facharbeitermangel fehlt ebenfalls. Der sozialdemokratische Arbeitsminister ist nach gut zwei Jahren auf ganzer Linie gescheitert, für die 500 000 Arbeitssuchenden in Sachsen hat sich durch den Übergang dieses Ressorts von der CDU zur SPD nichts verbessert.

Wenn Jurks Sprecherin als eine erfolgreiche Maßnahme zur Schadensbegrenzung auf die Mikrodarlehen an Unternehmen verwies, zeigt das, wie sehr die einfallsslose Ministeriumsspitze auf den Ideentransfer durch die Abgeordneten der Linksfraktion.PDS angewiesen ist. Denn eine Mikrodarlehensprogramm hatten die Linken schon im Frühjahr 2005 gefordert, nach neun Monaten und anfänglicher Ablehnung übernahm Jurk schließlich diese Idee.

Jurk muss endlich aufhören, der gescheiterten Hartz-IV-Gesetzgebung und den Kombilohn-Phantasien des Herrn Milbradt hinterherzulaufen und stattdessen eigene Konzepte entwickeln.

• KARL-FRIEDRICH ZAIS

Straßenausbaubeiträge – Nachhilfe für Koalition

Das Grundsatzurteil des Sächsischen Oberverwaltungsgerichtes in Bautzen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist ein Durchbruch im Kampf gegen das immer weiter ausufernde Abkassieren der Bürgerinnen und Bürger. Der Richterspruch ist zudem eine Ohrfeige für die sächsische Staatsregierung und die sie tragende Koalition von CDU und SPD.

Die kommunale Selbstverwaltung muss auch bei der Erhebung kommunaler Abgaben, also z. B. für Abwasseranschluss- und Straßenausbaubeiträge gewährleistet sein und die finanzielle Belastung für die Einwohner darf ein vertretbares Maß nicht überschreiten.

Seit vielen Jahren fordert die Linksfraktion durchgreifende Änderungen bei den Kommunalabgaben und hat diesbezüglich bereits mehrfach eigene Gesetzentwürfe und Anträge in den Landtag eingebracht, die jedoch allesamt abgelehnt wurden.

Bis in die jüngste Zeit hinein gab es immer wieder Auflagen von Landkreisverwaltungen, die auch jene Gemeinden zum Erlass entsprechender Satzungen zwingen sollten, die bewusst auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichten wollten. Mehrfach wurden Städte und Gemeinden durch die Rechtsaufsichtsbehörden gegen ihren Willen auch zur rückwirkenden Beitragserhebung verpflichtet. Dieser Form von unzulässiger Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung hat das OVG nun einen Riegel vorgeschoben.

• ANDRÉ HAHN

So sehe ich das



Ein Freund sagte schon vor Jahren zu mir: „Es kommt alles wieder, was wir in der DDR hatten, das Gute und das Schlechte. Heute halt bloß mit anderem Vorzeichen.“ – Eine Erkenntnis, die sich die hurtig am Verteufeln Geübten und all die Wendehälse hinter ihren Spiegel stecken sollten.

Es war einmal ... So beginnen Märchen. Und manchmal auch sehnsuchtsvolle Rückblicke. Uwe Steimle schuf dafür auf seiner Dresdner Kabarettbühne den Neologismus „Ostalgie“ – und gab dem millionenfachen Identitätsverlust der Ostdeutschen ein geflügeltes Wort. Mag es im Westen negativ besetzt sein oder als Witz verstanden werden. Tatsache ist: Ostalgische Gefühlsmomente sind, obwohl sie auf sehr konkreten politischen und gesellschaftlichen DDR-Besonderheiten beruhen, bloß märchenhafte Erinnerungen. Und doch werden sie manchmal wieder wahr. Wenn auch keinesfalls, um die DDR wiederauferstehen zu lassen. Ich rede hier nicht vom manifestierten ostdeutschen Geschmack, der sich seinen scharfen (und nicht versalzenen) Bautzener Senf nicht nehmen lässt und eisern den ohnehin besseren Rotkäppchen-Sekt bevorzugt. Ich rede auch nicht vom verkehr-

technisch nachgewiesenermaßen sinnvollen Rechtsabbiegerpfad. Ich rede von ganz besonders DDR-Typischem, zum Beispiel von den nach hirmlösen Abwicklungen wieder auflebenden Polikliniken, auch wenn sie nicht mehr so bezeichnet werden. Ich rede von dem dieser Tage in Thüringen neu auf den Weg gebrachten Ehekredit nach DDR-Vorbild oder von der schon seit längerem auch durch die Westmedien geisternden

Wenn gewisse Umstände zu Maßnahmen zwingen

„Schwester Agnes“, wie die Gemeindegewestern seit der Adlershofer Fernsehserie verehrend genannt wurden. Bleiben wir beim Thüringer Ehekredit, der jetzt Familiendarlehen heißt. Er wird 5000 Euro betragen, nicht wie in der DDR völlig zinsfrei sein, und auch eine Rückzahlungserlassung der ersten 1000 Euro tritt erst ab dem zweiten Kind in Kraft – usw. Immerhin, das Darlehen verleugnet seine Abstammung nicht. Hätte man bloß diese verruchte DDR in sogenannten Bürgerrechtskreisen der Nachwendzeit nicht so verteufelt, dieser Geldsegen habe zu einem regelrechten „Abkindern“ des Kredits geführt!

Tja, man soll den Tag nicht vor dem Abend beschimpfen. Das Schimpfen nämlich macht es den sächsischen CDUlern, jedenfalls denen der älteren Generation, im

Moment sehr schwer, auf diesen sozialpolitisch vernünftigen Zug aufzuspringen, wie es beispielsweise der jugendpolitische Sprecher ihrer Landtagsfraktion will.

Wenn also auch Ehekredite Ostalgie sind, prima. Und wenn solche Ostalgie inzwischen in jüngeren, etwas weniger vom starsinnig gepflegten „Feindbild DDR“ belasteten Politikerhirnen Platz gewinnt, kann es für die Bürger nur gut sein. Es gibt – konkrete Motive hin und

her – eben heute ebenso zwingende Umstände für gewisse Maßnahmen wie damals in der DDR auch.

Allerdings – und das hat mit dem eingangs zitierten anderen Vorzeichen zu tun: In der DDR waren die Eltern auch nach der Geburt ihrer Kinder nicht mit ihnen allein gelassen; das bisschen zusätz-

liche Geld ist schließlich schnell aufgebraucht. Da gab es für die Mütter erst ein halbes, dann ein ganzes Jahr lang eine Arbeitsfreistellung bei vollem Lohnausgleich, vom generellen monatlichen Haushaltstag gar nicht zu reden. Da gab es zunehmend ausreichend Kinderkrippen und da gab es einen Kindergartenplatz für jedes Kind (leider, wie heute erst recht, nicht immer wohnungsnah). Da gab es in den Schulen für die Kleinsten den Hort und für alle Arbeitsgemeinschaften und Zirkel in Hülle und Fülle und dazu Pionierhäuser mit einem phantastischen Freizeitangebot ...

Man sollte sich nicht wundern, dass viele Eltern inzwischen ganz sachlich sagen: Bloß gut, dass meine Kinder noch in der DDR aufwuchsen ...

• MAXI WARTELSTEINER

Die Neuordnung Europas

In den vergangenen Jahren konnten rechte Kräfte in einigen Bundesländern bei Landtagswahlen zum Teil erhebliche Stimmengewinne verbuchen. Die NPD zog mit 9,2 % in den Sächsischen Landtag und mit 7,3 % in den von Mecklenburg-Vorpommern; die DVU ist mit einem Stimmenanteil von 6,1 % im Landtag von Brandenburg vertreten. Diese Entwicklung bedeutet nicht nur die Gefahr einer innenpolitischen Radikalisierung. In den *außenpolitischen Grundlinien der NPD* wird zum einen eine „europäische Sicherheitspolitik“ gefordert, mit Bündnissen, die ein zukünftiges „Eurasien“ (mit Russland) umfassen;

Von **HELMUT ULRICH**

daneben wird auch eine enge Kooperation mit den Interessensphären der deutschen Wirtschaft im Nahen und Mittleren Osten favorisiert. In diesem Bereich stimmen die außenpolitischen Grundlinien der NPD, wenn auch in radikalierter Form, weitgehend mit den Grundzügen der Berliner Außenpolitik überein. Doch dabei bleibt es nicht. Gegen die USA, die weltweit den deutschen Wirtschaftsexpansionen im Wege stehen, wird ein regelrechtes Feindbild aufgebaut. Ein führender Strategie der Partei erklärte

der Völker“ und die „Volksabstammung“ über die territoriale und machtpolitische Gewichtung zwischen den Staaten entscheiden solle. Das hätte nicht nur Folgen für unmittelbare Nachbarstaaten der BRD mit deutschsprachigen Bevölkerungsteilen. Wie aus einer bereits 2003 mit dem Signum des Europaparlaments von der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz verbreiteten Karte (Abb. 2) hervorgeht, wären von einer solchen ethnischen Parzellierung alle Staaten Europas betroffen. Nach diesem Szenario werden die deutschsprachigen Staaten und sämtliche Territorien mit deutschsprachiger Bevölkerung zu einem Großstaat vereinigt, während die meisten anderen Staaten Territorien verlieren oder ganz verschwinden. So werden u. a. Teile von Frankreich, Italien, den Niederlanden und Österreich dem deutschen Staatsgebiet zugeschlagen; die britische Insel wird in vier „Stammesgebiete“ aufgeteilt; Spanien verliert Galizien, das Baskenland und Katalonien; Frankreich wird von der Mittelmeerküste abgeschnitten. Vergleicht man die beiden Karten Abb. 1 und Abb. 2, so erinnern diese Vorstellungen in makabrer Weise an die



Abb. 1: Die Pläne des faschistischen Deutschlands zur „Neuordnung Europas“ nach dem „Endsieg“



Abb.2: Die gewollten Grenzen Europas nach völkischen Gesichtspunkten

dazu: Mit Washington habe man „noch eine welthistorische Rechnung (...) offen“, schließlich hätten die USA, „diese durchrasste, profitgierige und von altisraelischem Auserwähltheitswahn getriebene Kunstnation gegen Deutschland zwei Weltkriege entschieden und damit den ganzen Kulturkontinent Europa auf das Abstellgleis der Geschichte geschoben“ (www.german-foreign-policy.com, 17. 9. 2006). Bei deutschen Unternehmern mit Osthandels-Interessen und teilweise auch in Regierungskreisen bestehen ebenfalls zum Teil starke Ressentiments gegenüber den USA, die allerdings nicht in dieser rigiden Form zum Ausdruck kommen.

Die „europäische Völkerfamilie“

Im Parteiprogramm der NPD heißt es weiter, dass bei der „europäischen Neuordnung“ das „Selbstbestimmungsrecht

Pläne des faschistischen Deutschlands, das mit kriegerischen Mitteln die Vormachtstellung in Europa erreichen wollte. Dieses Ziel soll jetzt mit subtileren Mitteln erreicht werden; die wirtschaftlichen Konkurrenten sollen durch separatistische Bestrebungen nationaler Minderheiten geschwächt werden.

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

Die in den 1950er Jahren in Deutschland gegründete FUEV pflegt nach eigenem Bekenntnis die Tradition der deutschen Minderheitenpolitik der 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts und ist damit maßgeblich an der Wiederbelebung der deutschen „Volkstums“-Aktivitäten beteiligt. Mehrere ihrer Gründer waren ehemalige NS-Funktionäre, wie Rudolf Stehr, Leiter der Propagandaabteilung der

NSDAP Nordschleswig, oder Hans Schmidt-Oxbüll, Repräsentant des „Volksgruppen“-Rassismus in Nordschleswig. Hans Joseph Graf Matuscha, ehemaliger Konsul des NS-Regimes in Ungarn, leistete dort „Volksgruppen“-Arbeit. Bewusste Weiterführung des NS-Gedankengutes betreibt „Europa Ethnica“, eine Wiederauflage des NS-„Volkstums“-Blattes „Nation und Staat“ aus den 60er Jahren. Die Fortführung der Tradition wird dadurch unterstrichen, dass sich auf deren Deckblatt der Zusatz „früher (...) Nation und Staat“ befindet. „Nation und Staat“ hatte die Ausrottung der europäischen Juden, die Zerstörung der Souveränität der deutschen Nachbarstaaten und die Versklavung ihrer Bevölkerungen propagiert oder gerechtfertigt. Herausgeber und Autor zahlreicher Aufsätze ist der berüchtigte Antisemit Theodor Veiter; das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen stellte dafür die finanziellen Mittel zur Verfügung.

Die FUEV ist eine der Vorfeldorganisationen des Auswärtigen Amtes und wird auch dementsprechend von der BRD finanziert. Durch persönliche Beziehungen gelang es ihr, über den „Ausschuss der Regionen“ in der EU deren Regionalpolitik in Richtung einer zunehmenden Ethnisierung zu beeinflussen. Dabei tritt sie offiziell als „regierungsunabhängige Organisation“ auf.

Die FUEV kooperiert eng mit weiteren Vorfeldorganisationen der deutschen Außenpolitik. Hervorzuheben sind dabei die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfBV) und das „Europäische Zentrum für Minderheitenfragen“ (EZM). Nach den Vorstellungen der GfBV, die sich als „Menschenrechtsorganisation“ bezeichnet und für die weltweite Durchsetzung von „Volksgruppen“-Rechten eintritt, soll die Durchsetzung der „fundamentalen Menschenrechte“ durch „ständig

einsetzungsbereite militärische Eingreiftruppen“ gesichert werden. Das EZM, das sich ebenfalls als unparteiische und interdisziplinäre Einrichtung bezeichnet, wurde 1996 mit Unterstützung des Innenministeriums der BRD gegründet. Nach Planungen auf höchster staatlicher Ebene soll es das deutsche „Volksgruppen“-Prinzip einer stammesmäßigen Staatsauffassung in ganz Europa verankern. Dieses Prinzip erinnert in fataler Weise an die „Blut und Boden“-Theorie der NS-Zeit. Wie aus ersten Positionspapieren des Innenministeriums zur Gründung hervorgeht, ist das EZM als eine von der Regierung beeinflusste Dachorganisation gedacht, in der die verschiedenen „Volksgruppen“- und „Minderheiten“-Verbände in loser Form zusammengefasst werden. Die Tätigkeiten aller dieser Verbände sind, wenn auch mit unterschiedlichen speziellen Aufgaben, darauf gerichtet, die Vormachtstellung Deutschlands in Europa zu sichern.

Offensichtlich sollen die Pläne zur „Neuordnung Europas“ während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vorangetrieben werden. Warum sonst hat das Auswärtige Amt am Vorabend der deutschen Präsidentschaft Kartenwerke für eine „Großgliederung Europas“ angefordert? Abb. 3 zeigt eine dieser, vom Institut für Länderkunde in Leipzig erarbeiteten Karten.



Abb. 3: Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien

Nicht nur Handball und Fußball erregen dieser Tage die Gemüter – stark rückte auch der Schachsport ins Blickfeld. Der WM-Kampf und -Streit in Kalmückien und das Drama Kramnik gegen Programmierer („Mensch gegen Maschine“) ließen die Medien anbeißen. Bevorstehende Ereignisse in Dresden halten das Interesse wach. In einer Woche beginnt die 9. Europäische Senioren-Mannschaftsmeisterschaft mit 26 Groß- und Internationalen Meistern. Im April folgen Europameisterschaften der Frauen und der Männer, die hinsichtlich Spielerstärke und Zahl der Anmeldungen (fast 600) beispiellos sind. Im November 2008 schließlich ein Gipfelereignis: zum zweiten Mal eine Schacholympiade in Sachsen. Attraktive Veranstaltungen an verschiedenen Orten bereiten schon jetzt darauf vor.

Zum Rückenwind für Schach trägt auch eine Institution bei, von der man es nicht unbedingt erwartet hätte: das „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ (HdG). Seine Sonderschau „Zug um Zug – Schach, Gesellschaft, Politik“ schließt zwar am 11. Februar, doch das gleichnamige Begleitbuch ist sicherlich noch einige Zeit erhältlich.

Für das Bonner Museum – Leipziger kennen eher die Tochter „Zeitgeschichtliches Forum“ mit DDR-Schau im Schummerlicht – bedeutet diese Ausstellung eine Grenzüberschreitung. 1982 von Helmut Kohl beim Regierungsantritt angeregt und 1994 von ihm eröffnet, sollte das Haus die Geschichte der BRD, später auch der DDR präsentieren. Nun also weitet sich der Blick: Welt-Kulturgeschichte mit Licht und Schatten hält Einzug.

Die Idee zur Ausstellung hatte Diplomkulturlinguist Paul Werner Wagner, Vorsitzender der Berliner Emanuel-Lasker-Gesellschaft. (Lasker war der zweite, von 1894 bis 1921 amtierende Schachwelt-

meister.) Ursprünglich dachte Wagner an „Schach in Krieg und Gefangenschaft“; im Zusammenwirken mit dem HdG erweiterte sich die Thematik. Um es vorwegzunehmen: Fachleuten aus West und Ost gelang eine faszinierende Schau. Den Extrakt bewahrt das Begleitbuch.

Schach, so schrieb der Leipziger Meister und spätere britische Großmeister Jacques Mieses 1914, „ist nur dem Namen nach ein Spiel; in der Bedeutung seines geistigen Inhalts jedoch erhebt es sich zur Höhe künstlerischer Betätigung. Es erfordert Intuition, Phantasie und originelle Schaffenskraft, und es besitzt die Fähigkeit, die Individualität des Schaffenden widerzuspiegeln.“ (Den Widerspiegelungsansatz legte 1960 Weltmei-

Ein Museum sprengt sein Konzept

„Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ wirft Licht auf die Rolle des Schachs im sozialen Leben

ster Michail Botwinnik seinem Essay „Ist Schach eine Kunst?“ zugrunde.)

Dieser Kern des Schachs musste in Bonn schon aus Themagründen in den Hintergrund treten; er ist, von literarischer oder filmischer Gestaltung abgesehen, ohnehin nur über Partien und Selbstzeugnisse zu vermitteln. Ins „Haus der Geschichte“ lockt Anfassbares: der nachgebaute *Schachtürke* – ein vermeintlicher Automat – oder die Verschlüsselungsmaschine *Enigma*, die auf die Leistung englischer Schachspieler beim Entschlüsseln deutscher Codes im Zweiten Weltkrieg hinweist, oder der *Originaltisch des WM-Kampfs Spasski-Fischer* von 1972. Zugleich verraten kommentierte Bilder, Handschriften, Bücher, Plakate und Spielutensilien, beginnend mit Zeugnissen aus dem 13. Jh., Bedeutsames über den Umgang mit Schach – etwa als *Metapher für Gesellschaft und Welt* oder als *Mittel zur Selbstinszenierung*, zunächst der feudalen Oberschicht. „Seit dem 12. Jahrhundert wurde die Kenntnis des Schachspiels beim vollkommenen Ritter – also auch beim König – vorausgesetzt.“ Ausstellung und Begleitbuch erklären anhand der Produktions- und Verhältnisse des Frühkapitalismus (ohne ihn zu nennen), warum sich beim Schachspiel gegen Ende des 15. Jh. eine raumgreifendere Gangart von Läufer und Dame durchsetzte, die den Kampf beschleunigte.

Die Autoren heben hervor, dass „das alte Spiel der Vernunft und der weisen Voraussicht“ im 18. Jh. zum *Symbol der Aufklärung* wurde, und berühren den Nebeneffekt des später aufkommenden Turnierschachs, dass Champions „frühzeitig als Repräsentanten ihrer Nationen angesehen“ wurden. „Die Reihe nationaler Infek-

1283: „Alfons X. von Kastilien lässt in seinem ‚Buch der Spiele‘ Christ und Moslem – im ritterlichen Kampf erbitterte Gegner – beim Schachspiel friedlich aufeinandertreffen.“ Die Lanzen bleiben draußen.



fertigten politische Häftlinge ein besonderes Schachspiel, das sie dem 1944 hingerichteten Arbeitersportler und Mithäftling Werner Seelenbinder widmeten. Voneinander isoliert schnitzten und tischlereten sie heimlich Schachbrett, -kästchen und -figuren, die das politische Programm des Kommunismus symbolhaft formulierten: Arbeitern und Bauern standen Vertreter der ‚Bourgeoisie‘ gegenüber.“

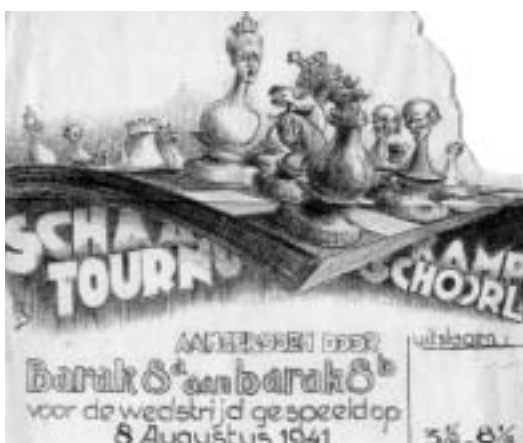
Beim Blick ins Ausstellungsbuch dürften nicht zuletzt die rund zehn reich bebilderten Seiten zum *Schach in der DDR* interessieren. Wenn die dritte Buchseite plakativ ankündigt: „Schach zu Zeiten des Kalten Krieges: in der Bundesrepublik ein Vereinssport, in der DDR ein Mittel, um außenpolitisch anerkannt zu werden“, so heißt dies nicht, dass die Verfasser in alten Gräben stecken. Um Sachlichkeit bemüht und informativ schildern sie das ostdeutsche Schachgeschehen (wie übrigens auch die Folgen von Hallstein-Doktrin und Kuba-Boykott für westdeutsche Sportler). Beispielsweise wird an die Käthe-Kollwitz-Oberschule in Wittenberg erinnert, „ein Zentrum des Schulschachs“, dessen Direktor Helmut Hartmann „viele Jahre Vizepräsident des Deutschen Schachverbands der DDR war“. FDGB und DSF finden als Schachförderer ebenso Erwähnung wie die Schacholympiade in Leipzig oder die 1. Wissenschaftliche Schach-Konferenz der DDR am 8. 4. 1972 in Halle. Gewürdigt wird auch der Beitrag des frühen DDR-Schachs zum gesamtdeutschen Dialog und Sportverkehr – vom Abkommen zwischen Deutschem Sportausschuss und Deutschem Schachbund (4. 11. 1950) bis hin zum Jahr 1961. Nebenbei: Meine Mannschaft fuhr nach Bayreuth und Nordrhein-Westfalen und noch im Juni '61 zum Arbeiterschachklub Zürich-Oerlikon Dass „Zug um Zug“ auch auf den fatalen Beschluss vom März 1973 eingeht, Schach in die „Sportverbände ohne Leistungsauftrag“ einzureihen, ist nur allzu berechtigt. Dieser sportpolitische Fehlzug aus Gründen der Medaillenökonomie schmerzt noch heute, und nicht nur die Spitzensportler, denen danach internationale Meisterschaften bis 1988 verwehrt blieben. Es war ein Schlag ins Gesicht der DDR.

• GOTTFRIED BRAUN



„Ende des 19. Jahrhunderts bilden sich die ersten Arbeiter-Schachvereine. Die ‚Deutsche Arbeiter-Schachzeitung‘ erscheint von 1909 bis 1914, hier das Titelblatt der Erstausgabe ...“

Abbildungen und gekennzeichnete Zitate aus: *Zug um Zug. Schach, Gesellschaft, Politik.* Bonn 2006



Schach im KZ Sachsenhausen: Handzettel eines niederländischen Künstlers. Rund die Hälfte der politischen Häftlinge im Lager spielte mehr oder minder gut Schach.



tionen in der neueren Schachgeschichte setzte sich bis in den ideologischen Wahnwitz hinein fort, wenn Schach in mehreren Traktaten der 1920er und 1930er Jahre mit Rassemerkmalen in Verbindung gebracht wurde und Gelegenheit zu antisemitischer Polemik bot.“ – Bemerkenswert, dass Ausstellung und Begleitbuch im Zusammenhang mit dem Entstehen von zunächst mehr oder minder bürgerlichen Schachvereinen im 19. Jh. auch das *Arbeiterschach* berühren.

Nach einem Blick auf Ästhetik und politische Ausgestaltung von Schachfiguren – darunter das meisterliche „Revolutionschach“ der Leningrader Porzellanmanufaktur von 1922 – rücken die *Jahre faschistischer Herrschaft* vor Augen („Schach im Zeichen des Angriffs“, „Schach unter Verfolgten“). Das HdG zitiert Erlebnisse des späteren Jenaer Philosophen Georg Klaus beim lebensgefährlichen Spiel mit Wärtern im KZ Dachau und erwähnt Dionis Polanskýs Information über „Lager-Schacholympiaden“ in Buchenwald, die auch der politischen Konspiration dienten. „Im Zuchthaus Brandenburg-Görden



Bundestagswahlkampf im Jahr 1954. Damals hatte die SPD noch gut reden.



„Die Partie zwischen Wolfgang Unzicker (mit dem Rücken zum Betrachter) und Wolfgang Uhlmann gehört zu den politisch brisanten Spielen der Schacholympiade in Leipzig 1960.“

Gewiß erklang englische Musik vor allem in den letzten 25 Jahren wiederholt in Leipzig, doch eine derartige Konzentration wie in der zweiten Januar-Hälfte und in den ersten Februar-Tagen gab es noch nicht. Das Gewandhaus würdigte in zwei Konzerten den vor 150 Jahren geborenen Edward Elgar. Die Oper wartete in der Musikalischen

Von **WERNER WOLF**

Komödie mit einer vorzüglichen Inszenierung von „The Turn of the Screw“ auf (Unser Kritik in LN 4). Das alles aber krönte Howard Arman im 5. MDR-Matineekonzert im Gewandhaus mit einer grandiosen Aufführung der einzigartigen See-Sinfonie für Soli, Chor und Orchester von Ralph Vaughan Williams. vorzügliche Interpretationen des Balletts aus der Oper „The perfect Fool“ von Gustav Holst und der fünf mystischen Lieder

von Vaughan Williams ging ihr voraus. In der 1910 vollendeten und uraufgeführten See-Sinfonie nach gedankentiefen Gedichten von Walt Whitman bildet

Grandiose See-Sinfonie

das Meer den Ausgangspunkt für einen die Welt umspannenden musikalischen Kosmos. Unabhängig von zeitweiligen „Richtungen“ gestaltete Vaughan Williams von der altenglischen und neueren europäischen Tradition ausgehend ein gänzlich eigenständiges, Zeitgenossen wie Gustav Mahler, Claude Debussy, Jean Sibelius, Carl Nielsen ebenbürtiges Werk von mehr als einstündiger Dauer. Howard Arman erschloss mit dem Rundfunkchor, dem Sinfonieorchester sowie den Solisten Geraldine McGreevy und Tommi Hakala den melodischen, harmonischen, klanglichen und vor allem geistigen Reichtum dieser Sinfonie tief

und nachhaltig bewegend. Für Leipzigs Musikleben sprach ein weiteres Ereignis: Wenige Stunden nach dem Matineekonzert weckte die 1610 entstandene Marienves-

per von Claudio Monteverdi in einer großartigen Aufführung des Hamburger Monteverdi-Chores mit dem Leipziger amarcord-Ensemble und der Berliner Lautten Compagnie unter Leitung von Gothart Stier in der Thomaskirche starke Eindrücke.

Fünf Tage lang stand die Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater im Zeichen von Kurt Masurs Dirigenten-Lehrgang. Bewundernswert, was der langjährige Gewandhaus-Chef den sechs Teilnehmern aus China, Korea, der Ukraine und Deutschland in so kurzer Zeit an Gestaltungsfähigkeit vermitteln konnte, wie hellhörig sie

Masurs Anregungen folgten. So gab es für jeden der sechs mit jeweils einem Satz aus Mendelssohns Schottischer Sinfonie, Schumanns „Geneveva“-Ouvertüre und Masur selbst als Dirigent des Wagnerschen „Meistersinger“-Vorspiels einhelligen Beifall.

Das Universitätsorchester weckte nicht nur Aufmerksamkeit mit der unter Leitung Juri Lebedev begeistert gespielten vierten Sinfonie von Johannes, sondern mehr noch mit Günter Kochans 1961/62 entstandenem Konzert für Orchester. Ein vitales und überlegen gestaltetes Werk und sollte die Dirigenten und Solisten anregen, sich mit DDR-Musik ernsthaft zu befassen. Gewandhaus- und Funkmusiker fanden zudem Zeit, eine Benefizkonzert für krebskranke Kinder zu geben. Unter Leitung John Roderick MacDonalds spielten sie eindrucksstark Edward Griegs Musik zu Henrik Ibsens Drama „Peer Gynt“.

Die Nacht mit Dir war schön. Fast fünf Stunden lang spieltest und sangest Du quer durch Deine und meine Jahrzehnte. Dem Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks war es zu danken, dass diese „Revue um Mitternacht“ (ich weiß, Du magst diesen DEFA-Film gar nicht) von null bis vier Uhr dauerte. Klugerweise wurden ja auch zu Deinem 70. andere Szenen und Produktionen ausgewählt. Fast alle schon mal gesehen und vieles vor allem gehört. Mann, das war toll mit dem Günther Fischer gemeinsam zu singen und zu spielen. Nach Deinem Weggang waren es dann andere Jazzer. Klang auch gut, nur fehlte Dein altes, junges Publikum, dass Dir seit „Mir nach Canaillen“ in Scharen hinterherlief. Wer weiß denn heute noch, dass Du auch ein toller sporting life in „Porgy and Bess“ warst? In dieser Nacht, war das wieder zu genießen. Und „Die Kuh im Propeller“ und „Der Flaschenzug“ als Lyrik und Prosa unübertroffen. Du hast Dich mal über die DDR-

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Ach, Manne ...

Von **MICHAEL ZOCK**

Filmsülze sehr abfällig geäußert. Aber was da jetzt von ICESTORM zu Deinem Jubiläum von „Fünf Patronenhülsen“ über „Beschreibung eines Sommers“ bis zum „Versteck“ wiederentdeckt wurde, kann sich sehen lassen.

Du hast zeitlebens eine große Klappe gehabt, und es gibt Leute, die erwähnen in ihren Memoiren Deinen Namen nicht. Angelica Domröse schrieb nur vom „Antiquitätenhändler“. Sei es drum. Christel Bodenstein, Deine langjährige Filmpartnerin, von der Du einmal sagtest: „Sie ist

süß, aber keine Therese Giehse oder Helene Weigel“, nahm es nicht krumm, sondern Du warst Gast bei ihrem Lebensjubiläum und offenbar willkommen. Inzwischen be-

zeichnest Du manches, was der Westen mit Dir drehte als „aufgeblasenen Mist“. Auch die T-Aktien-Werbung? Nur „Liebling Kreuzberg“, den liebst Du noch. Wir haben mal bei einem Pressestermin einige Sätze miteinander geredet. Auch über Deinen Film „Der Kinnhaken“. Du hattest 1962 darin für die Mauer plädiert, denn Du schriebst das Drehbuch höchstselbst. „Ja, das war damals ehrlich gemeint ... obwohl der Film nicht gut war!“ (Inzwischen auf DVD) Unvergesslich für mich auch: „Die Moralisten müssen auch twisten“, auf der alten Amiga-Single von 1962. Ob Du immer „Auf der Sonnenseite“ wandeltest, weiß ich nicht. Keiner tut das. Öfter tauchst Du jetzt wieder im Gewandhaus und in Stadthallen auf ... schön, dass der 70-jährige Krug bisher nicht zerbrochen ist.

Macho trifft „Cowgirl“

Das Bühnenbild in der Neuen Szene zerstört Erwartungen: Im Vordergrund ein Wildwest-Saloon, im Hintergrund Prärie und Felsen. Sollten wir nicht in Padua sein? Und dann die Kostüme: Verwegene Cowboy-Kluft, Hüte und Stiefel. Hätten wir nicht ein paar Jahrhunderte eher landen sollen? Hier soll eine Widerspenstige gezähmt werden? Tom Musch, der für die Ausstattung verantwortlich zeichnet, scheint dem alten Theaterstoff zu misstrauen. Doch später schimmert die illusionäre Welt der rauchenden, reitenden, raufenden Marlboro-Helden durch. Die ferne, von manchen ersehnte Freiheit unter echten Kerlen – sonst wäre nicht zu erklären, warum viele an entsprechenden Wettbewerben der Tabakkonzerne teilnehmen – trifft auf die Freiheit einer Frau, die sich Althergebrachtem verweigert.



Wird der Mann das Biest zähmen?
Lissa Schwermund und Christoph Wünsch

Foto: Arnold

Katharina, älteste Tochter eines reichen Kaufmanns, ist nicht an den Mann zu bringen. Die Verehrer freien um die jüngere Tochter Bianca. Femininer und weniger kratzbürstig erobert sie die Männerherzen. Bis der wilde Edelmann Petruccio aus Verona kommt, der Katharina endlich zähmen will. Regisseurin Uta Koschel inszeniert „Die Zähmung der Widerspenstigen“ als einen heiteren, gefälligen Abend, ein bißchen Schwank, ein bißchen Lustspiel und derbe Sätze, die sicher nicht dem Gender-Mainstream entsprechen, aber ein pralles Sittemgemälde bieten. Auf die Rahmenhandlung - mit Lord und Kesselflicker - wird verzichtet. Es ist die Stunde der Studenten, die im Studio des Schauspiels Leipzig ausgebildet werden. Ihre Spielfreude sprüht, die Funken springen über, die Lust am Theater ist in jeder Minute zu spüren. Lissa Schwermund bezaubert als Katharina, ihre stärksten Momente sind die Wechsel zwischen Drohung und Derbheit, zwischen Kratzbürste und Schmusekatze. Es ist zu spüren, ihre Roheit ist ein Schutzmechanismus vor Verletzungen. Im Programmheft wird weiter diskutiert: Eva Herman darf ihr nicht gelebtes aber propagiertes EVA-Prinzip verteidigen und sich an Valerie Solanas („Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer“) reiben.

• D. M.

STARRUMMEL

Ein Star ist heute eher v-förmig und sexuell aktiv, der Frauen ins Kino zieht. Dafür war ich weder im Ost- noch im Westfilm richtig. Bin eher ein Liebling des Publikums ...

Manfred Krug (1997)

Anzeige

ROTES ANTIQUARIAT

Ankauf und Verkauf
Bücher aus den Bereichen

- Philosophie
- Geschichte
- Kunst
- Literatur

Bornaische Str. 3b, 04277 Leipzig
Mo - Fr 12 - 19 Uhr, Sa 12 - 15 Uhr
Tel: 0341 / 30 34 834
Fax: 0341 / 30 34 835

www.ropes-antiquariat.de



Fotograf Timm Rautert im Bildermuseum

„OBDACHLOS DURCH WOHNUNGSNOT“ heißt diese Schwarz-Weiß-Fotoserie aus dem Jahr 1973.

Sie ist Teil der Retrospektive: „Wenn wir dich nicht sehen, siehst du uns auch nicht - Fotografien 1966-2006“. Rautert, Jahrgang 1941, lehrt seit 1993 als Professor für Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst. In den 70er Jahren befasste er sich mit sozialkritischen Themen in der BRD und unternahm Fotoreisen in die USA. Ihn interessieren Prozesse menschlicher Arbeit, aber auch die sterilen, vollautomatischen Produktionsstätten. Die Fotografien tragen oft dokumentarischen Charakter. Wer einen Blick in die Bilder- und Gedankenwelt dieses Fotokünstlers wagen möchte, dem sei diese Ausstellung empfohlen. • D. M.



Noch bis 18. Februar: Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10, Di. u. Do.-So., 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr.

SCHULZEIT

Heute weiß ich:
Das Schwatzen im Unterricht war enorm wichtig für meine psychische Gesundheit ...

Angelica Domröse (2004)

Ein Gesamturteil sei vorangestellt: In einer Zeit intensiver strategischer Überlegungen von Sozialisten über künftige Ziele und Wege, wie wir sie im Parteibildungsprozess der deutschen Linken erleben, ist man geneigt, das Buch von Crome zur Pflichtlektüre zu erklären. Es geht weit über die Alltagspolitik hinaus und ordnet diese zugleich in eine weitreichende Strategie ein.

Der Autor tritt mit einer profunden Kenntnis der Geschichte, des politischen Geschehens und der politischen Theorien an die Frage nach der Zukunft des Sozialismus heran und gelangt dabei zu Urteilen und Folgerungen, die in hohem Maße originär sind oder aber bereits mehrfach festgestelltes in neuem Lichte zeigen.

Die Schrift umfasst zwölf relativ selbständige Essays, die aber sowohl durch innere Logik als auch Querverweise miteinander verbunden sind.

Nach einleitenden Betrachtungen zur heutigen internationalen Machtkonstellation, in denen Russland, die USA, ein drohender Krieg gegen den Iran und ein Blick auf neueste Entwicklungen in Venezuela eine Rolle spielen, skizziert Crome wesentliche Züge der Weltentwicklung und des Sozialismus im 20. Jahrhundert, das er von 1917 bis 1989/92 datiert.

Seine Betrachtung führt ihn zu dem Schluss, dass sich der konfrontative Typ der Politik erschöpft hat: „Das was zur Stärkung der eigenen Weltmachtrolle gedacht ist, untergräbt sie schließlich.“ Er sieht in der Abrüstungspolitik der 1980er Jahre einen Vorgriff auf einen allgemein anstehenden Wechsel zu

einem kooperativen Politiktyp angesichts der Tatsache, dass Bewahrung des Friedens und der Natur „prioritäre Bedeutung“ erlangt haben.

Bei der Frage, warum der Sozialismus scheiterte und welche „Fehlannahmen im alten Marxismus“ dem zugrunde lagen, stellt er fest, dass vieles von den Marxschen Ideen, weil dem 19. Jahrhundert verhaftet, ein modernes Sozialismus-Verständnis nicht mehr tragen könne, während anderes fruchtbar bleibe. Er schließt diesen Themenkreis mit dem Satz: „Die Umwandlung eines autoritären Sozialismus in einen demokratischen Sozialismus ... ist ein historisch bisher ungelöstes Problem.“

Weil eine Welt des Sozialismus nicht ohne Frieden denkbar ist, analysiert Crome diese Seite der Weltpolitik und kommt trotz aller gegenwärtigen Konflikte zu einem optimistischen Schluss, dass es keine vernünftigen politischen Ziele gäbe, die mit einem Atomkrieg realisierbar wären.

Im Beitrag über den Zustand des kapitalistischen Weltsystems wirft der Autor die Frage auf: „Was passiert mit dieser Welt, wenn immer größere Anteile der Produktion aus China, Indien und anderen asiatischen Ländern kommen?“ Auch ließen globalisierungskritische und andere nach Alternativen suchende Kräfte neue Hoffnungen keimen, dass eine andere Welt möglich ist.

Der Essay „Lohnarbeit und das

Recht auf Faulheit“ nimmt m. E. eine Schlüsselstellung im Buch ein, weil hier ausgehend von den Grundzügen des kapitalistischen Systems entscheidende Fragen des Funktionierens eines neuen Sozialismus erörtert werden. Hier sind keine fertigen Lösungen zu finden, wohl aber Richtungen für deren Suche.

Nach einer Analyse der Herausbildung und der Wirkungsweise des Neoliberalismus mit seiner fortschreitenden Polarisierung der Gesellschaft wendet sich der Autor dem Thema Sozialismus und Demokratie zu. Es ist überzogen, wenn er feststellt: „... die meisten der alten Marxisten (hatten) kein Gespür für das Politische“, ihnen sei Politik nur die Erfüllung der gesetzten Wissenschaft gewesen (Ausnahme: Rosa Luxemburg). Wenn Politik Ergebnis demokratischer Willensbildung sein soll, gäbe es kein richtig oder falsch, sondern nur Mehrheiten und Minderheiten. Das bedeute: „Alle sind stets auf der gleichen Augenhöhe ... Deshalb muß sich jede politische Kraft, die Sozialismus an ihre Fahnen geheftet hat, stets auf dieses alle beziehen, ohne Ausnahme.“ Dem schließt sich zunächst eine vernichtende Kritik der Demokratie im Kapitalismus an, aber auch ein Abschnitt, in dem die Chancen der Demokratie im Kampf gegen den Kapitalismus ausgelotet werden und gefolgert wird, dass Sozialismus im 21. Jahrhundert nur aus der Weiterentwicklung der Demokratie hervorgehen kann, die „nicht vor dem Be-



triebster haltmacht“. Die Frage sei, wie die große Veränderung zu erreichen ist, „ohne dass die andere Seite ihre Bomben und Maschinengewehre sprechen lassen kann“.

Dem folgenden Essay „Wie geht Fortschritt?“ ist ein Engels-Zitat vorangestellt: „Die Leute, die sich rühmten, eine Revolution gemacht zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, ... daß die gemachte Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah. ...“

Crome fragt: Radikaler, entschiedener Umbruch oder Fortschritt als historische Resultate aus den gegebenen Kräfteverhältnissen? Er konstatiert, das Aufbegehren der Benachteiligten habe in der modernen Geschichte letztlich auch dann zu positiven Veränderungen geführt, wenn es mit einer Niederlage endete.

Die wahre Kunst sozialistischer Politik sei, sich nicht auf die

Logik des Militärischen einzulassen. „Die Schaffung einer friedlichen Weltordnung, die auf Vernunft gründet, ist in den Bereich der Realisierbarkeit gerückt.“ Dies sei die erste Dimension sozialistischer Politik im 21. Jahrhundert – Aufgabe aus der konkreten Situation von heute heraus. Er benennt in diesem Zusammenhang entscheidende anzustrebende Politikziele, wobei es darum gehe, die Neoliberalen mittelfristig aus ihren Verteidigungsstellungen herauszutreiben.

Crome weist nach, dass weder China (ungewisser Ausgang der partiellen Rekapitalisierung) noch Kuba (asketischer „Sozialismus“) Vorbild für einen künftigen Sozialismus sein können. Und er bewertet die neuesten Veränderungen in Südamerika. Da eine sozialistische Gesellschaft nur aus dem Gegenwärtigen heraus entstehen könne, seien die Mechanismen kapitalistischen Wirtschaftens nicht abzuschaffen, sondern transparent zu machen und demokratisch zu kontrollieren.

• GÜNTER LIPPOLD

Erhard Crome: *Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft.* (Reihe: Texte Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 17. Karl Dietz Verlag, Berlin 2006. 247 S., Preis 9,90 Euro

13. März, Dienstag 18 Uhr
Buchvorstellung und Diskussion:
Sozialismus im 21. Jahrhundert.
Mit Dr. Erhard Crome
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Har-
kortstr. 10, Leipzig

Feldgrau im Blick der NVA

In der Reihe „Mitärgeschichte der DDR“ des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes Potsdam ist jetzt der Band 13 erschienen. Daniel Niemetz legt darin eine detaillierte Analyse des Streitkräfteaufbaus der SBZ/DDR im Zwiespalt von militärischer Notwendigkeit und ideologischem Anspruch vor. Nun war es noch nie ein Geheimnis, dass ehemalige Generale, Offiziere und Unteroffiziere der Wehrmacht mit halfen, die Nationale Volksarmee der DDR aufzubauen. Es waren jedoch zu keiner Zeit mehr als fünf Prozent des neuen Offizierskorps.

Niemetz kommt zu der Schlussfolgerung, dass sich wegen des Fehlens einheitlicher Vorschriften anfänglich noch Wehrmachtserfahrungen durchsetzen konnten. Dienstvorschriften wurden unter Leitung ehemaliger Wehrmachts-offiziere erarbeitet, die im Wesentlichen bis zum Ende der NVA Gültigkeit hatten. Als Lehr- und Ausbildungskräfte prägten sie mit ihren Erfahrungen die neue Trup-

pe. Die ehemaligen hochrangigen Wehrmachtsoffiziere, die durch die sowjetische Führungsmacht verpflichtet wurden, waren mehrheitlich Traditionalisten. Nicht zu übersehen ist, so der Autor, dass der äußeren Form nach die NVA „die wehrmachtsähnlichere der beiden deutschen Nachkriegsarmeen“ war. Dieses Erscheinungsbild sei von der sowjetischen Führungsmacht gefordert worden. Niemetz hat in 84 000 (!) Seiten personalbezogene Aufzeichnungen und Informationen in Archiven des MfS recherchiert. Des weiteren führte er viele Interviews mit Zeitzeugen des NVA Aufbaus und wertete Hunderte Dokumente und Fachbücher aus. Historiker und Studenten werden feststellen, dass sich Niemetz nicht vom „Zeitgeist“ unterbuttern ließ. Eine beachtens- und lesenswerte Arbeit. Sie muss ja nicht jedem Leser gefallen.

• FRANZ KARL HITZE

Daniel Niemetz: *Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR.* Christoph Links Verlag, Berlin 2006. 345 Seiten, 29,90 Euro

Ein überflüssiger Mosaikstein ostdeutschen Lebens

Ich gebe gern zu, dass mich zunehmend die Memoiren im Buchladen nerven. Jeder, der glaubt, jemand zu sein, schreibt derzeit munter drauflos. Auch im vorliegenden Fall wird gleich die ganze Familie miteingespannt: Mutter Ingrid und Bruder Marcus Weidling, damit das Buch, das Carsten J. W. Weidling über seinen Vater O. F. herausgibt, auf die notwendige Seitenzahl kommt. Nur etwas Trost finde ich darin, dass solche Drucke – gefertigt nach dem Dagmar-Frederic-Rezept – nach kurzer Zeit meist preisgesenkt auf den Wühltischen liegen.

Übrigens: O. F. war 43 Jahre alt, als er 1967 seine Memoiren schrieb und sie klugerweise nicht veröffentlichte. Sohn Carsten, dessen Gesicht bald niemand mehr auf den Straßen erkennen wird, seit er vom „Riverboot“ abtauchte, konnte offenbar der Versuchung nicht widerstehen, „ein Buch über turbulente Zeiten der Unterhaltungskunst“ zusammenzupuzzeln. Mit solchen Sätzen: „Ich bin nun fast 40 Jahre alt, doch erst jetzt habe ich den Mut, seine Werke zu lesen.“ Gemeint sind Texte, die der Vater auf einer alten Reiseschreibmaschine (ein heute vergessenen Wort!) schrieb und danach in einem Koffer vor den Augen der Öffentlichkeit verschloss. Zitat: „Wie auch immer, er wird sich darüber freuen. Über mich, meinen Bruder, meine Mama und über Sie, lieber Leser und be-



sonders, liebe Leserin. Die Sie sich die Zeit nehmen, mit mir in den Keller zu gehen, um den alten schwarzen Koffer zu öffnen.“

Mit Verlaub, solche Sätze reizen höchstens zum Überblättern. Das gilt auch für die seitenlangen Gesprächsprotokolle, die sich aber gut mit verteilten Rollen lesen lassen, denn vor jedem Doppelpunkt steht: Carsten, Ingrid oder Marcus. Ja, und wer sich für die Damenboutique des Carsten W. interessiert und deren Pleite, der sollte nach diesem überflüssigen Buch greifen.

• M. Z.

Carsten J. W. Weidling: *Im Namen des Vaters und des Sohnes (... und der heiteren Muse).* Mitteldeutscher Verlag Halle 2006. 240 Seiten 19,00 Euro

KALENDERBLATT

Johannes Eggert

1898–1937

„In den frühen Morgenstunden des 15. Februar wurde der Metallarbeiter Genosse Johannes Eggert in Berlin-Plötzensee hingerichtet.“ Mit diesen Worten informierte die *Deutsche Volkszeitung*, Paris-Prag, am 21. Februar 1937 über ein weiteres Mordopfer der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Deutschland. Eggert, so habe der Volksgerichtshof verkündet, hätte ein „hochverräterisches Unternehmen vorbereitet“.

Johannes Eggert, am 10. Februar 1898 geboren und von Beruf Landarbeiter, war siebzehnjährig freiwillig in den Krieg gezogen. Doch die Grausamkeit ließ ihn unter dem Einfluss der Antikriegspropaganda der Spartakusgruppe zum Kriegsgegner werden. 1918 trat er der KPD bei. Als Mitglied und im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates in Boblitz/Pommern, seinem Geburtsort, wurde er zur Sicherung der Ernährung der Menschen wirksam. Wegen seiner aktiven Rolle im Landarbeiterstreik in Pommern wurde er 1921 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. 1923 gelang es ihm zu fliehen und er lebte bis 1929 unter dem Decknamen Hans Simke illegal, tätig als Leiter des Roten Frontkämpfer Bundes in Königsberg. Danach gehörte er dem Abwehrapparat der KPD in Berlin an.

Von 1933 bis Herbst 1934 war er in der Emigration. Nach seiner Rückkehr wurde er Beauftragter des ZK der KPD für die Reorganisation des Parteiapparats in Sachsen, insbesondere in Leipzig. Hier hatte die große Verfolgungswelle in Verbindung mit dem Reichstagsbrandprozess allein im September 1934 ca. 380 Verhaftungen zur Folge. Die Situation in der antifaschistischen Arbeit wurde äußerst kompliziert. Aus Untersuchungen von H.-J. Friederici und G. Schwendler geht hervor, dass Eggert im Auftrage der Landesleitung im Oktober 1934 unter dem Namen „Karl“ als Berater nach Leipzig kam.

Am 2. November 1934 berichtete Eggert u. a.: „Verbindungen nach Norden und Osten wurden wieder hergestellt ... Außerdem Kontakte zu einigen Land-Ortsgruppen. Durch Wurzeln Kontakte geschaffen nach dem Meuselwitzer Braunkohlenrevier. Dort wird die Parteiorganisation neu aufgebaut ... Verbindungen nach Borna wieder aufgenommen ... In der Stadt 30 Mitglieder.“

Doch die Verhaftungen gingen ständig weiter, wozu Verrat und Leichtfertigkeit beitrugen. Am 25. Januar 1935 fiel Johannes Eggert der Gestapo in die Hände. Allein im Januar und Februar 1935 wurden mehr als hundert Genossen in Leipzig, Borna, Delitzsch, Grimma, Wurzen und Oschatz verhaftet. Für einige Monate brach jede Verbindung zur Parteiführung ab. Dennoch ging der Kampf gegen den Faschismus weiter und Leipzig wurde zu einem der bedeutendsten Zentren der Widerstandsbewegung.

• KURT SCHNEIDER

Am 8. Juli 1937 verkaufte die Gemeinde Wiederitzsch das 42 000 m² große Pachtland des Bauern Riedel an die Polizeiverwaltung. Bereits am 2. November wurde Richtfest gefeiert. Es war eine Gendarmeriekaserne entstanden, die drei Offiziere und 110 Unteroffiziere und Mannschaften umfassen sollte.

Am 15. Dezember 1945 wurde hier eine „kasernierte Polizeireserve“ gebildet, die dem Land Sachsen direkt unterstand, jedoch auf Weisung der Besatzungsmacht im Juni 1946 wieder aufgelöst wurde. Sie hatte sich in der turbulenten Zeit durchaus bewährt, widersprach jedoch den Vereinbarungen der Alliierten. In der Kaserne verblieben eine Hundestaffel und ein motorisiertes Sonderkommando.

Am 15. August 1947 wurde die Polizeiunterkunft in ein Bewährungshaftlager umgewandelt. Hier sollten Gestrachelte und von Schnellgerichten wegen kleinerer Delikte Abgeurteilte, aber auch Geschlechtskranke, schnell wieder in das normale Leben zurückgeführt werden. „Gesellschaftlich nützliche Arbeit“ wurde dafür als Hauptmittel angesehen. Ende Juli 1948 sollte das Bewährungshaftlager in die Kaserne an der Georg-Schumann-Straße verlegt werden, scheint aber aufgelöst worden zu sein.

Am 15. August 1948 wurde in der Gendarmeriekaserne wieder eine Polizeieinheit aufgestellt, die 2. Volkspolizei-Bereitschaft Sachsen. Einer der ersten Kommandeure dieser Einheit war der Leipziger Antifaschist Gerhard Amm. Die Bereitschaft verlegte man am 13. Oktober 1949 in die Kaserne am Viertelweg. Fünf Tage später wurde in Wiederitzsch eine „Sanitätsschule mit Krankenhaus“ für die Volkspolizei gegründet. Sie stand unter

der Leitung von Dr. Geiger (später Obermedizinalrat, Prof. Dr. Dr. sc. med.), der bereits im September in der *Leipziger Volkszeitung* zivile medizinische Mitarbeiter suchte.

Die Überwindung aller Hindernisse und die Schaffung eines ordentlichen Krankenhauses aus dem Nichts dauerte bis Ende 1951. Hier in Wiederitzsch wur-

hin ein Militärkrankenhaus.

In den folgenden Jahren wurde diese medizinische Einrichtung stetig ausgebaut, es entstand eine neue Poliklinik und die Einrichtung entsprach schon bald einem hohen medizinischen Standart. Zwei Verdiente Ärzte des Volkes, sechs Obermedizinalräte, 17 Medizinalräte, ein Pharmazierat und vier Sanitätsräte zeugen

beschäftigt. Als Minister Rühle die Klinik am 30. Juni 1998 übergab, beliefen sich die Kosten bereits auf 118 Mill. DM. Das Krankenhaus wurde Medizinisches Lehrkrankenhaus der Uni Leipzig. Dann kam im Jahr 2000 Minister Scharpings (SPD) große Bundeswehrreform. Ausgerechnet auf der Kommandeurstagung in Leipzig begann das Feilschen um den Erhalt oder die Schließung von Bundeswehreinrichtungen. Gerade in diese Zeit fiel die Beendigung der Bauarbeiten in Wiederitzsch. Doch dazu erschien schon nicht mehr der Minister, sondern eine Parlamentarische Staatssekretärin. Sie bezeichnete das Objekt als „Deutschlands modernstes Bundeswehrkrankenhaus“.

Doch im April 2004 verkündete der Generalinspekteur der Bundeswehr, dass an eine Schließung oder Veräußerung der Wiederitzscher Klinik gedacht sei. Im August erklärte Minister Struck (SPD), bei den Schließungsplänen komme es auch darauf an, was bisher investiert worden sei und in Leipzig sei viel investiert worden. Also neue Hoffnung. Im Oktober 2004 dann der Schock: Das Krankenhaus in Wiederitzsch wird von der Bundeswehr aufgegeben. Es wird dem Erhalt des sanierungsbedürftigen Hauses Hamburg und der kleinen Einrichtung in Bad Zwischenahn geopfert. Zufall oder politisches Zugeständnis an die Mitglieder des beschließenden Ausschusses, die dort oder in der Nähe ihre Wahlkreise haben, wie ja auch Struck aus Niedersachsen kam? Die Soldaten und Zivilbeschäftigten leisteten und leisten auch weiterhin gute Arbeit. Ihr psychischer Zustand, ihre Zukunftsangst aber ließen eine Feier zum 50. Jahrestag wohl kaum zu.

• DIETER KÜRSCHNER

Ein Jubiläum, das nicht gefeiert wurde

Vor 50 Jahren wurden in Leipzig eine Reihe von Truppteilen, Einheiten und Einrichtungen der NVA aufgestellt. Eine der letzten war am 15. Oktober 1956 das Armeelazarett Wiederitzsch. Das wäre eigentlich ein Grund zum Feiern gewesen, doch zum einen werden in der Bundeswehr Jubiläen, die mit der NVA im Zusammenhang stehen, nicht gefeiert und zum anderen haben die Ärzte, Schwestern und anderen Mitarbeiter des Bundeswehrkrankenhauses in der gegenwärtig undurchsichtigen Lage wohl keinen Sinn zum Feiern. Wir aber sollten heute daran erinnern, wie dieses Lazarett entstand, und die Leistungen von Generationen von Medizinern würdigen.

den aber bereits ab 1950 Feldscherlehrgänge durchgeführt, und es wurde eine „Studentenkompanie“ aufgestellt, deren Angehörige an der Universität Leipzig Medizin studierten. Ihre Tätigkeit im nunmehrigen VP-Krankenhaus Leipzig garantierte eine große Praxisnähe. Einige von ihnen verblieben im späteren Armeelazarett und trugen dazu bei, dass diese medizinische Einrichtung in Leipzig hohes Ansehen genoss.

Am 15. Oktober 1956 wurde das Volkspolizeikrankenhaus in die neu gegründete Nationale Volksarmee eingegliedert und Armeelazarett. Übrigens charakterisiert die Bezeichnung Lazarett ohne-

vom hohen ärztlichen Können. Mit der Einheit Deutschlands übernahm Anfang Oktober 1990 die Bundeswehr das Lazarett der NVA und seine Bezeichnung war nun „Bundeswehrkrankenhaus“. Warum die Bundeswehr ihre medizinischen Einrichtungen nicht als Lazarett bezeichnet, ist nicht nachzuvollziehen. Die Bundeswehr jedenfalls hatte große Pläne. Es sollte das modernste Militärkrankenhaus Deutschlands entstehen. Am 28. März 1996 legte Minister Rühle (CDU) den Grundstein für einen völligen Umbau. Es waren 107 Mill. DM eingeplant. Zu diesem Zeitpunkt waren hier 134 Soldaten und 276 zivile Kräfte

Im Ergebnis der Wahlen, die am 20. Oktober 1946 in den damaligen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone sowie in Groß-Berlin stattgefunden hatten, zogen die SPD mit 63, die SED mit 26, die CDU mit 29 und die LDPD mit 12 Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin ein. Zu ihren dringenden Aufgaben gehörte die Gestaltung einer demokratischen Wirtschaftsordnung. Bekanntlich war im Potsdamer Abkommen u. a. festgelegt: „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen.“

Auf dieser Grundlage beschloss die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin am 13. Februar 1947 die Überführung von Konzernen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen in Gemeineigentum.

Einleitend hieß es: „Um die privatkapitalistische Unternehmungsmacht den Interessen der Gesamtheit und dem politischen Willen des Volkes unterzuordnen und die Wirtschaft zu einem Instrument des Friedens und der Wohlfahrt des deutschen Volkes zu machen, hat die Stadtverordnetenversammlung zugleich als Anregung (dieses) Gesetz be-

schlossen.“

§ 1 sah vor: Für die Vergesellschaftung kommen insbesondere in Betracht: a) Konzerne, d. h. durch Kapital oder sonstige

Vor sechzig Jahren wurde in Berlin die Überführung von Konzernen in Gemeineigentum beschlossen

Westmächte stellten sich quer

Interessenverpflichtungen unter einheitlicher Leitung zusammengefasste rechtlich selbstständige Unternehmen; b) Großunternehmen, d. h. Unternehmen, die eine wirtschaftliche überragende Stellung einnehmen; c) Monopolunternehmen, d. h. Unternehmen, die in ihrem Produktions- oder Marktbereich einen beherrschenden Einfluss ausüben.

§ 2 legte fest: Die Enteignung erfolgt gegen Entschädigung. Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die von einer auf Grund dieses Gesetzes ausgesprochenen Enteignung betroffen werden, erhalten keine Entschädigung. Der Entschädigungsanspruch ruht bis zur gesamtdeutschen Regelung des inneren Lastenausgleichs.

§ 3 lautete: Bis zum Erlass einer entsprechenden gesamtdeutschen Regelung übernimmt Groß-Berlin das Eigentum der auf Grund dieses Gesetzes enteigneten Unter-

nehmen, Betriebe und sonstigen Vermögensgegenstände.

Die Berliner CDU-Führung versuchte, mit einem eigenen Entwurf die vorgesehene Ent-

eignung zu unterbinden, musste aber unter dem Druck ihrer Mitglieder und Wähler dem Gesetz zustimmen. Die zwölfköpfige LDPD-Fraktion stimmte dagegen.

Das Gesetz vom 13. Februar 1947 der Volksvertretung der damals noch nicht geteilten Vier-Sektoren-Stadt Berlin konnte nur im Ostsektor umgesetzt werden. Obwohl sich das Gesetz in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen befand, stieß es sogleich auf den Widerstand der Vertreter der Westmächte in der Alliierten Militärkommandantur. Gegen die Stimme des sowjetischen Militärkommandanten, Generalmajor Kotikow, wiesen sie das Gesetz an den Magistrat zurück und verweigerten im Mai 1948 jede weitere Debatte darüber. So wurde frühzeitig Kurs genommen auf die Teilung Berlins und dessen Instrumentalisierung im Kalten Krieg.

• WINFRIED STEFFEN



Von
**KLAUS
HUHN**

In Düsseldorf tagte unlängst der Kongress eines europäischen Sportverbandes und wählte seinen Präsidenten. In der Regel höchstens Stoff für eine Zehnzeilennachricht. Aber die Kommentare in den marktherrschenden deutschen Medien klangen so, als hätte sich ein Kandidat den Weg zum Präsidentenstuhl freigeschossen. Da LN sich nicht zu den marktbeherrschenden deutschen Medien zählt – das nicht wegen ihrer Auflagenhöhe, sondern wegen ihrer Haltung –, sieht sich die Zeitung moralisch verpflichtet, der Angelegenheit mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als eine Zehnzeilennachricht hergibt. Der Sachverhalt: Der Kongress der Europäischen Fussballföderation UEFA hatte bei der Wahl zwischen dem 77-jährigen Schweden Lennart Johansson und dem 51-jährigen Franzosen Michel Platini zu entscheiden. Der Ausgang war knapp, Platini gewann. Und danach begann die Woge deutschen Grolls. Die *Berliner Zeitung*, die wohl immer noch davon träumt, eines Tages Regierungsblatt zu werden, widmete dem Wahlergebnis sogar einen Leitartikel, in dem folgende Sätze standen: „Johannsson versuchte ... mit seiner Ehrlichkeit Eindruck zu machen – und mit einer unbedingt tadellosen Buchführung. Beides aber zählte nichts gegen Platini, dieses charismatische, Fleisch gewordene Versprechen. ... Vorerst gibt es gute Gründe skeptisch zu sein. ... Das ist ein Rückschlag für all jene Funktionäre, die sich Transparenz und Demokratie verschrieben haben.“

Schwerwiegende Vorwürfe, die den Verdacht aufkommen lassen konnten, Platini wäre unehrlich, ein Freund doppelter Buchführung oder sogar ein Antidemokrat. Der Präsident des Deutschen Fußballbundes, Theo Zwanziger, ging noch weiter und verkündete: „Wenn man sah, wer da hochgesprungen ist – das waren alles Nationen mit nicht mehr als hundert Einwohnern.“ Man könnte dies als eine Bestätigung der negativen deutschen PISA-Resultate betrachten, die Auskunft darüber gibt, dass selbst erwachsene Deutsche in Geografie nur „mangelhaft“-Noten aufzuweisen haben. Selbst wenn man „Kleinststaaten“ ins Feld führen wollte, würde man bei San Marino (30.308 Einwohner) oder Liechtenstein (80.900 Einwohner) weit neben der Zwanziger-Behauptung liegen, was ahnen lassen müsste, hier habe sich ein „Großdeutscher“ artikuliert.

Blieb die Frage: Was kann, in drei Teufels Namen, zu diesen Anti-Platini-Eruptionen geführt haben? Man munkelte, irgendwann hätte Franz Beckenbauer sein Interesse an dem Amt bekundet. Das wäre ein Motiv. Denn der „Kaiser“ an der Spitze des europäischen Fußballs, das wäre im derzeit die EU steuernden Deutschland sicher begrüßt worden. Beckenbauers Kandidatur scheiterte aber nicht an Platini, sondern an seinen eigenen kommerziellen Leidenschaften: Hätte er kandidiert und wäre gewählt worden, hätte er als erstes seine zahlreichen Werbeverträge kündigen müssen. Bislang ist Beckenbauer aber nicht einmal bereit, seinen

Sportkolumne Rebellion der Fußballmanager?

Steuer-Wohnsitz in Deutschland zu nehmen. Mit dem Hinweis auf eine Beckenbauer-Kandidatur lässt sich die Attacke gegen Platini also nicht erklären. Auf das Argument des bildungsrückständigen DFB-Präsidenten Zwanziger, dass ihn nur die „Kleinen“ gewählt haben, verzichtet jeder, der ernst genommen werden will. Blicke nur noch die Frage, ob Platini Pläne geäußert hatte, die deutschen Funktionären missliebig erschienen? Und da sind Spuren zu finden. Der Berliner *Tagesspiegel* interviewte Platini kurz nach der Wahl und fragte ihn: „Wie wollen Sie den europäischen Fußball verändern?“ Die Antwort des früheren französischen Superstürmers: „Ich habe eine neue Philosophie, die ich in den Fußball einbringen will. Fußball ist nicht nur ein Business, sondern es ist ein Schatz, den man schützen muss. Das Spiel sollte im Vordergrund stehen, nicht das Geschäft.“ Solche Worte konnten in der Bundesrepublik Deutschland nicht allzuviel Beifall finden. Ja, in einer Sonntagsrede kann man das schon mal sagen, aber als Programm verkünden? In Deutschland macht man kein Hehl daraus, dass der Ball um des Profits willen getreten wird. Als Bayern München den Anschluss an die Bundesliga-Tabellenspitze zu verlieren drohte, feuerte es seinen Trainer. Das ist die Regel in der Branche. Aber der Vereinschef nannte als wichtigste Begründung für den Schritt, die Gefahr, dass unerträgliche finanzielle

Verluste drohten, wenn man nicht in die Champions League gelangen sollte. Früher schwor man noch, um jeden Preis Meister werden zu wollen, jetzt hat man keinerlei Hemmungen mehr, zu versichern: Es geht um die Kohle! Und damit könnte der Punkt gefunden sein, der den Ausschlag gab für die Attacke gegen Platini. Er hatte übrigens noch mehr gesagt: „Es ist an der Zeit, dass sich die gesamte Fußballfamilie an einen Tisch setzt und über die Zukunft unseres Sports redet. Spieler und Klubs, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, alle müssen zusammenkommen. Auch die Verbände gehören zur Fußballfamilie. Wenn es Probleme gibt, sollten sie in der Familie geklärt werden. Es ist nicht gut, dass man bei Streitigkeiten immer öfter vor einen Richter zieht.“

Die gesamte Fußballfamilie? In Deutschland haben die „Großen“ oft genug bekundet, dass sie es vorziehen, ihre Angelegenheiten „im kleinen Kreis“ der Mächtigen zu regeln. Und dann hatte Platini noch angekündigt, dass er ausgerechnet bei der Champions League einiges ändern wolle: „Einen neuen Modus planen wir ab 2009. Dann soll es eine neue Ausgeglichenheit geben. Das ist ein großes Projekt von mir.“

Neue Ausgeglichenheit? Das könnte die ausschlaggebende Formulierung gewesen sein. „Ausgeglichenheit“ lässt sich leicht dahingehend ausdeuten, dass der jetzige Vorteil der „Großen“ reduziert werden soll. Das System der Teilnahmeberechtigung an der Champions League ist so kompliziert, dass es – wenn exakt erklärt – eine halbe Zeitungsseite füllen könnte. Um dem Leser eine Vorstellung zu vermitteln, nur ein Blick auf die ersten Runden. Die UEFA führt eine Fünfjahresrangliste der Nationalverbände. Die 24 Mannschaften, die in der ersten Runde aufeinandertreffen, sind die Meister der Ranglistenländer 26 bis 52. In die zweite Runde kommen die 12 Sieger der 1. Runde und die 10 Meister der Verbände 16 bis 25 und 10 Vizemeister der Ranglistenverbände 10 bis 15, also 28 Mannschaften. Das scheint Platini ändern zu wollen und das könnte – fürchtet man offensichtlich – auf Kosten des DFB gehen. Ehe man darüber den Stab bricht, müsste man allerdings das neue System kennen. Auch das mit der „Familie“ klingt durchdacht. Doch der Deutsche Fußballbund scheint da anderer Meinung zu sein. Das gibt ihm allerdings noch nicht das Recht, im Namen aller deutschen Fußballer international Amok zu laufen. Die Reaktionen lassen nur den Schluss zu, dass man in den deutschen Fußball-Chefetagen die Platini-Reihenfolge „Erst Fußball, dann Business“ nicht akzeptieren will. Also: Rebellion der Manager. Und LN? Gratuliert Michel Platini!

Leser werben Leser Leser werben Leser Leser werben Leser

Wir haben keine Millionen und auch kein Porzellan, das wir auf Wettiner Art zurückfordern können, um es zu versilbern.

Wir haben 1000 Ideen und ein kleines Team, das im kommenden Jahr fünfzehn wird.

Wir brauchen Ihr Engagement, um unsere Leserschaft zu vergrößern.

Wir können keine Straßenbahnen besprühen.

Wir wollen auch nicht 1000 Plakate kleben.

Wir setzen auf Weitersagen und Ihre Leselust.

Aber: Wir öffnen eine große Bücherkiste und spenden jedem LN-Leser für einen neuen LN-Abonnenten tolle, **von den Autoren signierte Bücher und CD**, die uns der **Eulenspiegel Verlag** zur Verfügung stellte.

Ihr Nachbar, ihr bester Freund, ihr Arbeitskollege, ihr Onkel (und von all denen natürlich die weiblichen Entsprechungen) warten schon darauf, endlich einen **LEIPZIGS NEUE**-Abo-schein ausfüllen zu dürfen.

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.

des **Werbens* bzw. Geschenkgebers***

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

- Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
 Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Harte Strafen und schnelle Begnadigungen

Der NS-Juristenprozess und seine Folgen

Ich möchte an ein bezeichnendes deutsches Datum erinnern. Vor 60 Jahren, am 17. Februar 1947, eröffnete im Schwurgerichtssaal des Nürnberger Justizpalastes der US-amerikanische Brigadegeneral und Hauptankläger Telford Taylor den NS-Juristenprozess. Sechzehn führende Anwälte, Richter und Juristen des faschistischen Reichsjustizministeriums saßen auf der Anklagebank. Die Staatsanwälte und Richter des NS-Regimes waren nicht nur für die Todesurteile verantwortlich, sie hatten auch an den so genannten Rasse-Reinheits-Programmen und Euthanasiegesetzen mitgewirkt.

Lediglich diesen 16 Angeklagten wird der Prozess gemacht, Hunderte andere schwer belastete Juristen bleiben unbehelligt. Der Prozess endet mit Freisprüchen und Strafen zwischen zehn Jahren und lebenslänglich. Doch schon wenige Jahre später werden alle Verurteilten auf Druck der Bundesregierung wieder freigelassen. Die damit verbundenen Entscheidungen lassen etwas erahnen vom Umgang mit juristischen Vollstreckern des faschistischen Unrechts in der BRD.

HERMANN GERATHEWOHL,
LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Die Erinnerung an den Volksantrag in der letzten Ausgabe von Leipzigs Neue mit beigelegter Unterschriftenliste ist ein guter Schritt. Jede Unterstützung des Volksantrages für eine antifaschistische Gesetzesklausel ist wichtig, nicht zuletzt angesichts der aktuellen Situation im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Jahrestag der Bombardierung Dresdens durch anglo-amerikanische Bomberverbände und den diesbezüglichen Nazi-drohungen.

Wer erinnert sich nicht der Empörung, die es bei uns Dresdnern hervorrief, als die Neonazis laut gröhlend über Augustusbrücke und Theaterplatz zogen – mit allen drei Strophen des Deutschlandliedes? Wann heißt es wieder: „Die Straße frei den braunen Bataillonen!“?

Gegenwärtig bereiten Neonazis und andere Rechtsextreme für den 13. Februar wieder neue Provokationen vor. Wieder müssen wir damit rechnen, dass Ver-

Zu LN 2'07: Volksantrag „Courage zeigen. Für ein weltoffenes Sachsen“

Nazi-Gedankengut nicht zulassen

bote verantwortungsbewusster Kommunalpolitiker durch Gerichte aufgehoben werden – unter Berufung auf Rechtsstaatlichkeit sowie Meinungs- und Demonstrationsfreiheit für eine zugelassene Partei. Hochrangige Politiker der herrschenden Parteien, einschließlich der Bundeskanzlerin, lehnen ein NPD-Verbot ab mit dem Argument, man müsse sich mit ihrer Ideologie auseinandersetzen.

Das forderte die PDS schon längst: „Nazis raus – aus den Köpfen!“ Aber: Das eine tun und das andere nicht lassen! Es ist höchste Zeit, diesen braunen Rattenfängern die Möglichkeit zu nehmen, ihre demagogischen, antidemokratischen Parolen und Gedankengänge zu verbreiten und damit erneut die Jugend zu verführen. Deshalb sollte jeder

Demokrat die Initiative unterstützen, die mit dem Volksantrag: „Courage zeigen. Für ein weltoffenes Sachsen“ ergriffen wurde.

40 000 Unterschriften werden gebraucht, um ein Gesetz zu erreichen, durch das der Sächsischen Verfassung im Artikel 7 folgender Satz hinzugefügt werden soll:

„In diesem Rahmen ist es Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land, rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengutes nicht zuzulassen.“

Wir als Sachsen haben traurige Berühmtheit in Deutschland erlangt: Ermordung Jorge Gómardais in Dresden, neonazistische „Kameradschaften“ in der

Sächsischen Schweiz, Rechte im Dresdner Stadtrat, NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, rechte Gewalt in Grimma und ... und ... und ...

Geben wir ein Beispiel. Unterstützen wir diese Gesetzesinitiative, die von bekannten Mitmenschen wie Turn-Olympiasieger Klaus Köste, Filmschauspieler Peter Sodann, DGB-Vorsitzender von Sachsen Hajo Lucassen, Prinzen-Sänger Sebastian Krumbiegel und anderen ins Leben gerufen wurde. Helfen wir alle mit, Unterschriften im Verwandten- und Bekanntenkreis, im Wohnumfeld und bei anderen Gelegenheiten zu sammeln, um die Initiative bis zum 1. Mai zum Erfolg führen!

ALBRECHT KOENITZ,
DRESDEN

Die Begriffe „Prekariat“ und „Generation Praktikum“ sind im vergangenen Jahr in den Alltagswortschatz eingegangen. Nicht nur Erwerbslose jeden Alters und erfolglos nach einer Ausbildung Suchende sind davon betroffen, auch Erwerbstätige sind mit der Realität der prekären Lebenssituation konfrontiert. 14 Prozent der Erwerbstätigen, das sind 5,4 Millionen Menschen in Deutschland, müssen sich als Leih- und Zeitarbeiter oder in befristeten, unterbezahlten Arbeitsverhältnissen durchschlagen.

Die am 1. Februar veröffentlichte Studie der DGB-Jugend zu „Prekären Beschäftigungsformen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen“ nimmt die Situation der „qua-

Generation „Praktikum“

lifizierten „Leistungsträger“ in den Fokus. Danach absolvieren 37 Prozent der Hochschulabsolventinnen und -absolventen ein Praktikum – die Hälfte der Praktika ist unbezahlt und trotzdem fest in die Unternehmensarbeit eingeplant.

Eine Gesellschaft, die einen wachsenden Teil ihrer Mitglieder ausstößt, zur (fast) unentgeltlichen Beschäftigung in den so genannten 1-Euro-Jobs oder Praktika zwingt, die permanente Qualifizierung und rastlosen, flexiblen Einsatz der Arbeitskraft zu unsicheren Bedingungen fordert, ist nicht

zukunftsfähig. Eine solche Gesellschaft macht krank!

Die Junge Linke.PDS Sachsen nimmt die Veröffentlichung der Studie der DGB-Jugend zum Anlass, ihrer Forderung nach einem bedingungslosen, garantierten Grundeinkommen Ausdruck zu verleihen, und fordert entsprechend der von der DGB-Jugend definierten angemessenen Bedingungen zur Absolvierung von Praktika eine gesetzliche Regelung: Praktika müssen klar von Normal-Arbeitsverhältnissen abgegrenzt, zeitlich befristet und entsprechend tariflich vereinbarter Löhne angemessen vergütet werden.

JULIANE NAGEL, LEIPZIG

Als gebürtiger Leipziger habe ich mit großem Interesse die Leipzigs-Neue-Ausgabe 25/26 von gelesen, die ich von einem Bekannten erhielt. Ebenso den Artikel von Manfred Bols „Die Prinzen bitten zur Kasse“. Dazu aber Folgendes: Auch wenn diese Nachkömmlinge der Wettiner sich gern Prinzen, Markgrafen etc. nennen, so ändert dies

jedoch nichts daran, dass mit der Deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919 der deutsche Adelsstand abgeschafft wurde. Artikel 109, Absatz 3 besagt: „Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.“ Dies wurde durch das

Nix Prinzen, nix Hoheit

Grundgesetz der BRD, Artikel 123 bestätigt: „Recht aus der Zeit vor dem Zusammentritt des Bundestages gilt fort, soweit es dem Grundgesetz nicht widerspricht.“

Also z. B. nicht Prinz Alexander von Sachsen, sondern Alexander Prinz von Sachsen, ein Bürger

mit einem etwas längerem Namen.

Übrigens wurde in Österreich selbst die Führung von Adelsprädikaten, Titeln und Würden bei Strafandrohung untersagt. Mit besten Grüßen und Wünschen für die Zeitung!

PROF. DR. H.-G. HAUPT,
BERLIN

Wanderungen durch Neufünfland

WENN SIE DIE MARK BRANDENBURG zum Wanderziel gewählt haben sollten, dürfen Sie den Flecken Brand nicht auslassen. Dort steht das spektakulärste Denkmal für die „blühenden Länder“, das je errichtet wurde. Man baute eine riesige Halle und verkündete, dass hier künftig die größten Luftschiffe der Welt montiert würden. Mancher, der sich durch die Hoffnung auf Fabel-Renditen bewegen ließ, sein Vermögen zu investieren, wurde bitter enttäuscht – und arm. Dann kam man auf die Idee, die Halle als Tropenlandschaft einzurichten. Ein malaysischer Investor präsentierte sich, Palmen wurden aus tropischer Ferne geholt, weißer Sand angekarrt und einmal mehr „Fördermittel“ überwiesen. Der Gewinn hielt sich logischerweise in Grenzen, denn wer einmal für die Zweikinder-Familie 88 Euro schon an der Kasse hingelächert hatte, beließ es bei einem Tag unter Palmen. Neue Attraktionen mussten her, um neue Kunden anzulocken.

Man errichtete eine Wasserrutschbahn, die 80 m steil in die Tiefe führte. Details erfuh man nicht, aber es sprach sich herum, dass einige Male Notarztwagen vorfuhren. Dann wurde die Riesenrutsche – Benutzungsgebühr 2,50 Euro – kurzfristig gesperrt. Nun soll sie sicher sein.

IN SANDAU FAND MAN EINEN AUSWEG. Die Stadt erhöhte die Gebühren für die Elbfähre kurzerhand. Wer nicht genug Geld hat, kann auf Palmen verzichten, wer aber über die Elbe muss, kann höchstens elbauf oder elbab nach einer billigeren Fähre suchen, wird aber vermutlich keine finden. Also wird er die neue Zehnerkarte für die Sandauer Fähre kaufen und damit seinen Haushaltsposten für die Überquerung der Elbe künftig erhöhen müssen. Er könnte indes auch einsparen, denn es wird Rabatt gewährt: Ab 2500 Euro zehn Prozent. (Das wären allerdings 2500 Elbfahrten für einen Radler ...)

„GEGENSTEUERN“ WILL DIE

ARBEITSAGENTUR Stendal. Wogegen? Gegen den Trend, dass die Chancen der Langzeitarbeitslosen in der Altmark weiter sinken. Was immer an Arbeitsmarkt-Erfolgsbotschaften am jeweiligen Monatsende von optimistischen Managern und Ministern verkündet wird – die Realität sieht anders aus. Rund 40 Prozent der Arbeitslosen rund um Stendal sind länger als ein Jahr ohne Job. Das sind immerhin 9760 Frauen und Männer, und die Agentur für Arbeit vermutet zu Recht, dass deren Chancen, wieder Arbeit zu finden, von Monat zu Monat sinken. Also wurde eine Million Euro bereitgestellt, damit ein – nicht mittendrin aufhören zu lesen! – „Integrationsfortschrittsprogramm“ gestartet werden kann. Die ersten „Bildungsgutscheine“ wurden verteilt. Die Agentur warnte allerdings vor Illusionen: Ein Arbeitsplatz kann nicht garantiert werden, aber sollte irgendwo doch einer frei werden, sollen die Bewerber nicht schon ganz

aus der Übung sein. Meint man in Stendal. Und meint es gut.

HIER UND DA WERDEN DEM WANDERER auch immer wieder Schnurren erzählt. In Seehausen zum Beispiel tobt ein Streit um einen Baum. Eine Frau – nennen wir sie mal Helga – bewohnt ein hübsches kleines Haus, hat aber Angst, dass ein 15 m hoher Baum beim nächsten Sturm es demolieren könnte. Vor zwei Jahren schrieb sie den ersten Antrag, dass der Baum doch gefällt werden sollte. Ämter befassten sich damit, stellten aber fest, dass nicht restlos klar ist, wem der Grund gehört, auf dem der Baum wurzelt. Wer könnte das klären? Diejenigen, die Grund und Boden hierzulande verteilen, nachdem er ihnen durch ein umstrittenes Dekret übereignet worden war. Sie haben richtig geraten: Die Treuhand! Die aber hat offensichtlich keine Lust, ihr unseliges Werk zu Ende zu führen und reagierte auf Anfragen nicht. So warten Helga und ihre Nachbarn benend auf den Tag, an dem ein Windstoss den Baum fällt und ihre Dächer – und vielleicht noch mehr – zerstört. Die Treuhand lässt grüßen.

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 13. Februar, 18 Uhr, Leipzig
 Buchvorstellung und Gespräch: „Ich benötige keinen Grabstein ...“. Brechts literarisches Schaffen im Kontext der Literatur des 20. Jahrhunderts. Mit dem Autor Prof. Dr. Klaus Schuhmann, Leipzig. Moderation: Dr. Christel Hartinger
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10

Mittwoch, 14. Februar, 18 Uhr, Chemnitz
 Buchvorstellung: *Wege übers Land. Bodenreform und LPG-Gründung in der Region Borna-Rochlitz-Chemnitz-Glauchau: 1945-1960. Jahresband.* (Aus der Reihe zum Kriegsende) Mit Dr. Andreas Eichler, Niederfrohna.
 Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Sonnabend, 17. Februar, 10-18 Uhr, Dresden
 15. Dresdner Friedenssymposium: *Friedensdiplomatie statt Militärintervention. Für Frieden im Nahen Osten nach dem Vorbild der KSZE.* Tagungsbeitrag: 10 Euro, ermäß. 5 Euro. Anmeldung erbeten unter Tel./Fax 0351-4591273
 Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14

Mittwoch, 21. Februar, 19 Uhr, Dresden
 Diskussion: *Die Gesundheitsreform der Großen Koalition.* Mit Iris Kloppich, stellv. Landesvorsitzende des DGB-Sachsen und Vorstandsmitglied der AOK-Sachsen, sowie Dr. med. Ingrid Heyser, niedergelassene Ärztin, Bautzen.
 WIR AG, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 23. Februar, 11 Uhr, Sonnabend, 9.30-18 Uhr, Leipzig
 wissenschaftliche Tagung: *Foucault und Widerstand.* Leipziger Forschungsgruppe Soziales e. V. mit Unterstützung der RLS Sachsen u. a. Konferenzsaal im Volkshaus, Karl-Liebknecht-Str. 30, 5. Etg.
 Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Naturkundemuseum
 Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:
 Bis 25. 2.: *Mit der Südfahrt in die Vorgeschichte – Neues zur Bronzezeit im Leipziger Raum.*
 Bis 25. 2.: *Rotes Eis – Die kanadische Robbenjagd.*

Veranstaltungen:
 11. 2., 10.30 Uhr, Vortrag: *Den Sumpfkrokodilen auf der Spur – Reisen zu den Amphibien und Reptilien vom indischen Subkontinent zur tibetischen Hochebene*
 15. 2., 14 Uhr, Öffentliche Führung: *Zugvögel, die bei uns überwintern*
 18. 2., 10.30 Uhr: *Blick in die geologische Sammlung*
 25. 2., 10.30 Uhr, Führung: *Gehölze rund um das Grassi-Museum.* Treff: Straßenbahnhaltestelle Johannisplatz

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
 Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

15. 2., 15 Uhr, Offenes Café zum Thema: *Mehr Lebensqualität durch gesunde Lebensweise.*
 22. 2., 19 Uhr, Wolf-Dieter Rammner – Wilfriede Otto: *Jenseits von gut und böse – Deutsche über Deutsche.* Eintritt: 6 / 3 Euro
 23. 2., 19 Uhr: *Russischer Teeabend für junge Leute.*

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Februar neu bei uns:

Rüdiger Liedtke: *Wem gehört die Republik? Ausgabe 2007.* Eichborn, 24,90 Euro
 Maren Ullrich: *Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze.* Aufbau-Verlag, 24,90 Euro
 Stefan Bollinger, Wolfgang Dümcke u. a.: *Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Deutschland.* trafo, 24,80 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 ☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
 www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
 04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123

Initiative
Christliche Linke

12. 2., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Prof. Dr. Siegfried Bönisch und Werner Wittenberger: *Was ist neu an der neoliberalen Globalisierung und wie alt ist die Metaphysik dazu?*

Deutscher
Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

15. 2., 16.30 Uhr: *Über Heimat, Vaterland und Nationalismus im Gespräch.* Mit Dr. Maxi Wartelsteiner

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

Der Verein Projekt Linke Zeitung Leipzig und die Redaktion von Leipzigs Neue trauern um

Marianne Kucharski.

Vor allem als „Rätselfrau“ hat sie viele Jahre bis zu ihrer Erkrankung das Profil unseres linken Blattes mitgeprägt. Wir werden sie in guter Erinnerung behalten.

Malerin Maritta Brückner
 Rosenstraße 28 a
 04357 Leipzig
 Tel.: 0177/7254905
 Fax: 0341/8013281

Meine Dienstleistungen

- Malerarbeiten, farbliche Raumgestaltung
- Bordüren, Dekore, alte Maltechniken
- Wandmalerei z. B. Küche, Bad, Kinderzimmer, Fassade
- passende Bilder zum neuen Wohndesign
- ein Tierporträt für Tierfreunde z. B. als Geschenkidee

Wir gedenken in stiller Trauer
 unserer Genossin
Johanna Arnold
 2.04.1920 – 2. 01. 2007
 Basisorganisation 216 + 218
 der Linkspartei.PDS Leipzig

Ein bißchen Spaß muß sein

Die zu suchenden Begriffe dieses Kreuzworträtsels sind lustig oder mehrdeutig umschrieben und verlangen etwas „Denkakrobatik“. Bei richtiger Lösung ergibt sich in den gekennzeichneten Feldern ein „in der Antarktis serviertes Gericht“:

1 2 3 4 1 5 6 3 7 8 7 9

waagrecht:

1. diese Ilse ist sehr „pffiffig“; 4. diese Schar umgibt den Billardtisch; 9. sie förderte mit ihrer Gunst in der Antike alle Kunst; 10. in NRW einst Chef gewesen, will er den Herzog jetzt ablösen; 11. dieser deutsche Tenor konnte trotzdem gut hören; 14. sie hat an jedem Arm den Bogen raus; 15. König, Kaiser und Fürst Nikolaus hatten einst solch nobles Haus; 16. ein Schwimmvogel im Walkman; 18. ein durcheinander geratener Erbe; 20. die überwiegende weibliche Hälfte einer Schaubühne; 23. ein musikalisch geordnetes Tabu; 26. zwei Sänger mit verlorenem E; 29. altgermanische Kollegin des

Hermes; 31. Spezialfahrzeug für Leipziger Bundestagskandidaten; 33. in der Küche ist er sehr „rührig“; 35. dies Altmark-Nest ist für die Post dasselbe wie PLZ 39317 nah der Elbe; 36. 75 Prozent eines Luftreifens; 37. wie Altmühl, Regen und der Inn fließt sie auch zur Donau hin; 38. den Wert einer Münze kann man nur von dieser Seite sehen; 39. wäre er jetzt noch am Leben, würd' es vier Tenöre geben

senkrecht:

1. sie sollten möglichst stubenrein sein; 2. Maskierung eines Schmetterlings; 3. das Echo des Bürgermeisters von Wesel; 4. Rednerpult der Jecken; 5. die Leute aus Aschersleben schreiben es auf ihre Autos; 6. blühender Anstecker zum 1. Mai; 7. wenn sie klein ist, wird sie zur Witzfigur; 8. auf dem Eis sind alle Schläger hinter ihm her; 12. ein Schlüssel hat ihn, aber auch eine „olle Kamelle“; 13. „geklauter“ Teil von Schrauben; 17. Tiefenmesser in der Flotte; 19. doppelt gemoppelt ist es was Süßes; 21. er muß mit Kunz für vieles herhalten; 22. Transportbahn für Körperflüssigkeit; 24. reduzierte Opernfigur bei Lortzing in Italien; 25. glän-

| | | | | | | | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| 1 | | 2 | | 3 | | 4 | 5 | 6 | | 7 | | 8 |
| | | | | 5 | | | | | | | | |
| | | | | 9 | | | | | | | | |
| 11 | | | 12 | | 13 | | 14 | | | | | |
| | | | | | | | 8 | | | | | |
| | | 15 | | | | | | | | 16 | | 17 |
| 18 | 19 | | | | | 20 | 21 | | 22 | | | |
| | | | 23 | 24 | | 25 | | | 1 | 26 | 27 | 28 |
| | | | 9 | | | | | | | | | |
| 29 | | 30 | | | 31 | | | 7 | 32 | | | |
| | | | | | | | | | | | | |
| | | 33 | | | 34 | | | 35 | | | | |
| 36 | | | | 37 | | | | | | | 4 | |
| | | | | | | | | | | | | |
| | 6 | 38 | | | | | | 39 | | | | 3 |

zendes Gewebe aus afrikanischen Bergen; 27. ans Fundament geht diese Handlung, sie bringt Veränderung und Wandlung; 28. aus Argentinien stammt dieser Tanz mit Feuer, Schwung und Eleganz; 29. wer es eilig hat, muß einen höheren nehmen; 30. hundert Prozent lateinisches H₂O; 32. ihre Filme von einst sind heute oft ein Geheimtip; 34. selten im Ararat

Wir haben aus unserem Archiv noch einmal ein Rätsel von Marianne Kucharski herausgesucht. Mögen es viele Leser noch einmal mit dem Spaß, den sie immer wollte, lösen.

Apropos Gesundheitswesen: Später wird alles schlechter gewesen sein!

von U.S. Levin

Wo Licht ist, ist auch Schatten. Wo es Sieger gibt, gibt es Besiegte. Das ist im Gesundheitswesen nicht anders. Die Gewinner kennt jedes Schulkind: Pharmaindustrie, Kassenvorstände und Klinikbetreiber. Also all jene, die untätig um Krankenbetten schlecht bezahlten Ärzten im Wege stehen.

Doch eine andere Entwicklung ist weitaus beängstigender. Umso weiter der medizinische Fortschritt voranschreitet, desto rapider verringert sich die Versorgung der Patienten, ausgeschlossen die der privaten. Die gehobene Klientel genießt nach wie vor Chefarztbehandlung, erhält Facharzttermine in Schallgeschwindigkeit, genießt die besten Cocktails aus den Giftküchen der Pharmakonzerne und kennt Wartezeiten nur von der Bundesbahn. Derweil hat sich mancher Kassenpatient in einer Warteschleife aufgehängt.

Unser Gesundheitswesen ist inzwischen so krank, dass es selbst Entwicklungsländern nicht mehr als Vorbild sondern als Abschreckung dient. Seine Effizienz ist vergleichbar mit einem sprachgestörten Sonderschulabgänger mit ausgeprägter Rechenschwäche und dem absoluten Verlust logischen Denkens, dem man aber dennoch ein Hochschulstudium finanziert.

Früher war alles besser! Das sagen nicht nur die, die früher alles besser fanden. Hatte der erste Leistungskatalog noch das Gewicht einer Altarbibel, passen die heutigen kassenärztlichen Leistungen bequem auf einen Bierdeckel, neben die Steuererklärung. Was Gesundheitspolitiker in diesem Land treiben, erinnert an ein Violinkonzert untalentierte Nachwuchsstreicher. Die Zumutungen, die den „Unterschichtlern“ zugemutet werden, steigen ins Unzumutbare. Obwohl die Zwangsversicherten oben immer mehr rein-

buttern, kommt unten immer weniger raus, jedenfalls für sie und die Ärzte. Die Pharmariesen machen auch weiterhin satte Gewinne. Und den Vorständen gesetzlicher Kassen, die sich schnell mal dreissig Prozent Gehaltszulage genehmigen, quellen die Mitgliedsbeiträge aus den Taschen der Armani-Anzüge. Sie genießen die Traumgagen, wie in der freien Wirtschaft und die Sicherheit des öffentlichen Dienstes. Dafür brauchen sie lediglich ihren feuchten Atem rektal ins Nappaleder ihrer Büromöbel zu hauchen. Ihre Villen sind moderner eingerichtet als so manches Kreiskrankenhaus.

Ist Ihnen schon einmal aufgefallen, dass es mehr Apotheken in unseren Straßen gibt als Bäcker und Fleischer zusammen? Und in den Filialen des pharmazeutischen Fachhandels treffen sie selten weniger als fünf gelangweilte Angestellte.

Also genau der richtige Zeitpunkt, um bei meiner Krankenkasse eine Penisverlängerung zu beantragen. Irgendwie muss man doch mal seinem Protest Luft verschaffen. Meine Gesundheitskasse lud mich vor – zu einer Anhörung, wie es freundlich hieß. Dem Sonnenstudio gebräunten Gesicht der Sachgebietsleiterin konnte ich kein Mitleid entlocken.

„Würden Sie bitte ihren Antrag begründen!“, verlangte sie kühl. „Bei einer Penisverlängerung“, erklärte ich, „muss ich keine Zuzahlung leisten.“

„Wer erzählt ihnen denn so einen Schwachsinn?“

„Mir ist bekannt“, konterte ich, dass Krankenkassen bei seelischer Grausamkeit die vollen Behandlungskosten übernehmen.“

„Leiden Sie mehr oder ihre Frau?“

„Nein, unsere Nachbarin.“

Apropos Entschuldigung:

Rakowski, der letzte 1. Sekretär des ZK der PVAP, hat unlängst zu seinem 80. Geburtstag sich „vor allen Landsleuten (...) für die mehr als vier Jahrzehnte unterm kommunistischen Joch“ entschuldigt:

„Die Liste unserer Sünden ist lang:

- Ich entschuldige mich für die Aufhebung der Klassengesetze, einer Herzensangelegenheit der kommunistischen Arbeiterbewegung und der linken Strömung der Bauernbewegung;
- ich entschuldige mich für die Bodenreform, von der einige Generationen von Bauern träumten und - erfolglos - kämpften;
- ich entschuldige mich vor den Arbeitern, dass die Kommunisten ihnen das Gefühl der Würde gaben;
- ich entschuldige mich für die Nationalisierung der Industriebetriebe;
- ich entschuldige mich, dass Millionen von Söhnen und Töchtern aus Bauern- und Arbeiterfamilien sozial aufgestiegen sind;
- ich entschuldige mich, dass die Jugendlichen aus Bauern- und Arbeiterfamilien kostenlosen Zugang zu den Hochschulen hatten;
- ich entschuldige mich, dass zwei Generationen von Polen ohne die Last der Arbeitslosigkeit lebten, in sozialer Sicherheit, ohne Sorgen um die Zukunft der Kinder;

- ich entschuldige mich, dass Schluß mit dem Analphabetentum gemacht wurde;
- ich entschuldige mich, dass es auf Polens Straßen weder Bettler noch Hunderttausende Obdachlose gab;
- ich entschuldige mich für Tausende Bibliotheken, erschwingliche Bücher, Kulturhäuser in Stadt und Land;
- ich entschuldige mich bei den Wissenschaftlern, Schauspielern, Kulturschaffenden dafür, dass sie, dank des sozialistischen Staatswesens, wissenschaftliche und kulturelle Leistungen von Weltruf vollbrachten;
- ich entschuldige mich dafür, dass in der Volksrepublik Polen Fachleute von Rang und hervorragende Betriebsleiter heranwuchsen;
- ich entschuldige mich für den Wiederaufbau der von den Nazibesatzern zerstörten Städte und Dörfer, für den Wiederaufbau der Altstädte von Warschau und Gdansk;
- ich entschuldige mich für den Wiederaufbau ungezählter Kirchen, Schlösser und weiterer Kulturdenkmäler, die im Krieg zerstört worden sind;
- ich entschuldige mich vor der bereits dritten Generation von Polen, die an Oder und Neiße ansässig geworden sind und in gesicherten Grenzen leben (...)

Liebe Freunde, dies ist die unvollständige Aufzählung meiner, wahrscheinlich unserer Schuld.“

(Aus: Dzis, Warschau)

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Das Gericht im Hartz-Prozess spricht nicht im Namen des Volkes sondern im Namen von Volkswagen.

DLF 18. 1. 2007

Wenn einer so lange getreten wird wie ich, braucht sich dann keiner zu wundern, wenn ich zurücktrete.

Ein Schauspieler als Stoiber Bayerisches Fernsehen 18. 1. 2007

Früher haben wir die Ossis aufgekauft. Jetzt fusionieren wir mit den Schrotthaufen Bulgarien und Rumänien.

M. Richling, ARD 18. 1. 2007

Modern und leistungsfähig - die Landwirtschaft in Ostdeutschland. Die Landwirtschaft in Ostdeutschland war schon immer großflächig. Früher in Händen des Adels, dann in Händen des DDR-Staates, heute in Händen von LPG-Nachfolgern in Form von Agrargenossenschaften, GmbH und anderen Formen.

DLF 21. 1. 2007

Der amerikanische Konzern EMRON hat nach einem gigantischen kriminellen Zusammenbruch 20 000 Mitarbeiter entlassen. Ein Zwei-Milliarden-Dollar-Fonds für Altersversorgung ist verschwunden. Am Schluss hatte der Konzern 30 Milliarden Dollar Schulden. Die Chefs waren stolz darauf

3sat 22. 1. 2007

Wenn du 10 Minuten Nachrichten hörst, weißt du, es gehören alle in Behandlung.

Kabarett „Neues aus der Anstalt“ ZDF 23. 1. 2007

Ulrich Mühe würde in Hollywood gerne den deutschen Bösewicht mimen. Hat er sich einfach daran erinnert, dass er mit seinen starrsinnigen Stasi-Verdächtigungen vor Monaten das Dasein einer fast schon Toten, seiner Ex-Ehefrau Jenny Gröllmann, verschattete?

LVZ 29. 1. 2007

• Entdeckt von
MANFRED ERBE

Anzeige

BÜROMÖBEL
www.buero-richter.de

**Leipzigs
NEUE**

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzigs-neue.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

6. Februar 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Februar 2007

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40